

300 Jahre Gymnasium in Miltenberg - Vom Franziskaner-Gymnasium zum Johannes-Butzbach-Gymnasium

Dietmar Andre

Oberstudiendirektor und Schulleiter seit 1993

"... QUAMQUAM ENIM OMNIUM STUDIORUM NOSTRORUM DIVINA SAPIENTIA FINIS EST, NON TAMEN LIBERALIUM ARTIUM STUDIUM EST SUPERVACANEUM, IMMO ... PERMAXIME ANTE STUDIUM THEOLOGIAE NECESSARIUM."

"... Obwohl nämlich das Ziel all unserer Studien die göttliche Weisheit ist, so ist doch das Studium der Freien Künste nicht überflüssig, im Gegenteil: Es ist vor dem Studium der Gottesgelehrtheit besonders notwendig."

Dieser Text aus dem Jahre 1508 stammt von Johannes Butzbach. Aufgrund der darin enthaltenen Einschätzung können wir unseren Namenspatron als einen geistigen Wegbereiter gymnasialer Bildung an der Schwelle zur Neuzeit bezeichnen.

Die sieben Artes Liberales umreißen die Ideale, die gymnasiale Bildung im Mittelalter kennzeichneten und vor allem in den Klöstern und Domschulen gelehrt wurden, den eigentlichen mittelalterlichen Bildungszentren.

Die Reformation bereitete dem mittelalterlichen Schulwesen ein Ende. In evangelischen Territorien wurden die Gymnasien in Stadt- oder Lateinschulen umgewandelt. In größeren Städten kam es oft zu Kombinationen von Gymnasien und Universitäten, oder selbständige Fürstenschulen wie die zu Meissen oder Pforta entstanden. In katholischen Gebieten übernahmen die Jesuiten die Reformrolle; sie organisierten im Auftrag der Landesherrn beinahe das gesamte gelehrte Studienwesen. Das begann im Herzogtum Bayern Mitte des 16. Jahrhunderts und zwar in Ingolstadt. Auch der Miltenberger Landesherr, der Mainzer Erzbischof, hat nach diesem Vertragsmodell in seinen Städten Aschaffenburg, Erfurt und Heiligenstadt Jesuitenschulen errichtet. Doch die Jesuiten, sich ihres Wertes wohl bewusst, waren nicht billig. Zum Glück gab es da aber auch noch die preiswerteren Minoriten, die Franziskaner. Diese lehnten sich in ihrem pädagogischen Stil eng an die Jesuiten an, bei denen z. B. Schultheater und Leistungsprämien für die Schüler eine große Rolle spielten. Es erwies sich also als Glück für die Miltenberger, dass sich die Franziskaner 1630 in ihren Mauern niedergelassen hatten.

Vorläufer und Vorschule: Die Lateinschule

Einen Ansatz zu einer höheren Schule gab es in Miltenberg bereits im Mittelalter. Wir wissen davon durch Johannes Butzbach. Seinem Bericht können wir entnehmen, dass die damals bestehende Schule in zwei Abteilungen organisiert war: Es gab eine deutsche und lateinische Schule, in welche Johannes Butzbach im Alter von sechs Jahren eintrat. Aus der Tatsache, dass die Lehrgegenstände Lesen, Schreiben, Latein und Gesang waren, kann man schließen, dass diese lateinische Schule hauptsächlich den Zweck hatte, Knaben für den lateinischen Chorgesang und zur Teilnahme an der Liturgie vorzubereiten. Gleichzeitig wurden ihnen die Grundkenntnisse in Latein vermittelt, die notwendig waren, um in die unteren Klassen eines Gymnasiums aufgenommen zu werden. Erst durch die Schulreform im Jahre 1874/75, also nach der Reichsgründung, wurde in Bayern auf Lateinkenntnisse beim Eintritt in die unterste Gymnasialklasse verzichtet.

Von ihrem Charakter her scheint diese Lateinschule eine Art städtische Volksschule gewesen zu sein.

zumal die damalige Stadtverwaltung sehr intensiv mit der Anstellung von Lehrern befasst war. Wie wichtig dem Miltenberger Rat die Zustände in seiner Schule waren, können wir aus den Notanda pro Scholaribus, einer vom Rat erlassenen Schulordnung vom 15. April 1601 sehen. Aus dieser Ordnung wird deutlich, dass die Schüler eher in ihrer Andacht und Frömmigkeit als in ihrer wissenschaftlichen und fremdsprachlichen Fertigkeit gefördert werden sollten.

Zur Zeit der Gründung des Gymnasiums gab es in Miltenberg zwei lateinische (Niklaus Stehling, Franz Hauck) und einen deutschen Schulmeister (Jörg Scheiblein). Auch nach der Gründung des Gymnasiums bestanden die deutsche und die lateinische Schule fort. Der Lehrer der obersten Klasse war gleichzeitig Rektor des Chores und damit auch lateinischer Schulmeister. Er bereitete die Knaben auf den Übertritt ins Gymnasium vor und unterrichtete selbst lange Jahre die Schüler der ersten Klasse des Gymnasiums in der lateinischen Sprache.

Bei der lateinischen Trivialschule handelte es sich also um eine Art Mischung aus Grundschule und Unterstufe des Gymnasiums. War sie durchlaufen, mussten begabte Schüler im Alter von 12 - 14 Jahren in andere Städte gehen. Das war sicher eine Belastung und ein Ärgernis. Man soll aber nicht denken, dass nur die Sorge um Sicherheit und Seelenheil der Kinder das Hauptmotiv der Stadtväter für das Streben nach Gründung eines Gymnasiums darstellte. Es war den Bürgern vor allem ein Dorn im Auge, dass sie ihre Söhne um teures Kostgeld in anderen Städten studieren lassen mussten. Von 20 Jungen war die Rede, die z. T. im Ausland, z. B. in Würzburg oder Hammelburg, studieren mussten. Aufgrund vieler Klagen hatten schon am 4. August 1698 Schultheiß, Rentmeister, Baumeister und Rat von Miltenberg an den Provinzial der Franziskaner, Simon Moraeus, in Fulda geschrieben und den Wunsch geäußert, ein Gymnasium in Miltenberg zu gründen: „Von Miltenberg allein obliegen 16 bis 17 Knaben außerhalb den Studiis sehr fleißig und rühmlich. Mit diesen und noch vielen andern, so gleichfalls zum studieren dienlich, mit Zuziehung der beiden hiesigen Schulmeister könnte gleich nach dem Herbst der Anfang gemacht werden, und solches alles durch zwei Magistros, leichtlich eingerichtet werden.“

Die Einrichtung des Gymnasiums

Dass die Initiative zur Gründung eines Gymnasiums Ende des 17. Jahrhunderts erfolgte, hatte noch andere Gründe. So hatte man sich von den verheerenden Auswirkungen des 30-jährigen Krieges auf geistigem und materiellem Gebiet langsam erholt. Der Zeitgeist stärkte die katholische Kirche. Außerdem war auch schon die beginnende Aufklärung, also das Streben nach mehr Wissen und Unterrichtung, zu verspüren. Konkreter Anlass für die Miltenberger aber war die Gründung eines Gymnasiums im benachbarten Tauberbischofsheim, auch durch die Franziskaner, im Jahre 1688. Da wollte man als bedeutendere Stadt im Kurfürstentum Mainz nicht zurückstehen.

Die Miltenberger hatten für ihre Absichten wichtige Verbündete, nämlich die Franziskaner selbst. Der Orden fühlte sich von der Stadt Tauberbischofsheim benachteiligt. Denn die Franziskaner mussten in Tauberbischofsheim auf Befehl des Kurfürsten den Unterrichtsbetrieb ohne Bezahlung aufrecht erhalten. Sie hatten keine ausreichende Niederlassungsgenehmigung für die Stadt, weil das Kloster nur für eine Größe von acht oder neun Personen genehmigt war. Bei Gründung des Gymnasiums war aber die Gemeinschaft der Franziskaner auf über 20 Personen angestiegen. Als "Strafe" mussten sie nun unentgeltlich Unterricht halten, ansonsten würde die Zahl der Klosterinsassen wieder auf acht bis neun Personen reduziert. Kein Wunder, dass sie liebend gern ihr Engagement in Tauberbischofsheim beendet hätten und nach Miltenberg gegangen wären, zumal ihnen von dort mehr geboten wurde: Man wollte

Die Miltenberger wollten "vor solche zwei Instructores dem Kloster jährlich einhundert Reichstaler assignieren, und dann ferner mit einem halben Fuder Wein an die Hand gehen, und wird das Kloster ... ohnfehlbar und ganz gewiß mit reichlichem Almosen bedienet werden."

Die Mainzer Regierung forderte vor einer Entscheidung über eine Verlegung Bürgermeister und Rat der Stadt Tauberbischofsheim zur Stellungnahme auf. Auf deren Protest hin wurde der Plan aufgegeben. Allerdings erklärte man sich in Mainz damit einverstanden, die Gründung eines Gymnasiums in Miltenberg zu akzeptieren, wenn sich die Stadt mit den Franziskanern auf die Einrichtung zumindest der unteren Klassen einigen würde.

Es folgte nun eine Zeit weiterer Anstrengungen und Verhandlungen mit der kurfürstlichen Regierung in Mainz und dem Franziskanerorden (Thüringische Provinz, Fulda), die besonders deshalb so schwierig waren, weil die Franziskaner nach wie vor ihr Engagement in Tauberbischofsheim verringern wollten. Diese Verhandlung führte wohl von Miltenberger Seite hauptsächlich der Amtsschreiber Krimm, der - nach den Stadtrechnungen - auch eine ansehnliche Summe erhielt, "weilen er vielfältig wegen Auffrichtung der Schulen zum öftern bemühet worden". Auch ein "Trunck" sei 1699 "verzert worden", "als man wegen der Franciscander Schul anher zu pringen beschäfftiget gewesen". Offensichtlich haben also auch mündliche Verhandlungen stattgefunden, die zunächst ohne Erfolg blieben.

Dass die Franziskaner schließlich doch einen Magister nach Miltenberg schickten, war wohl auf das Ersuchen des Oberamtmanns von Bettendorf vom

20. September 1700 zurückzuführen, in dem dieser die Genehmigung des Vollausbaus des Gymnasiums in Aussicht stellte. Allerdings schickte man zunächst nur einen Magister, weil sich die bisherige Genehmigung lediglich auf die unteren drei Klassen bezog.

Am 1. November 1700, zu Beginn des Schuljahres 1700 / 1701, begann der Unterrichtsbetrieb am Gymnasium Miltenberg. Erster Gymnasiallehrer war wahrscheinlich Pater Antonius Boxberger. Die ersten Unterrichtsräume befanden sich im Spital in der Manggasse 8. Dort hatte die Stadt die Schule eingerichtet. Räume wurden getüncht, Fußböden gelegt und der Ofen frisch gestrichen. Außerdem mussten Bänke und "des Magistri Cantzel" hergestellt und ein Gerüst für das Schulglöcklein aufgebaut werden. Als sich der Pater Provinzialis, wohl um den Fortgang der Arbeiten zu inspizieren, im Miltenberger Franziskanerkloster aufhielt, wurden von der Stadt Viktualien im Werte von 3 Gulden ins Kloster geschickt, und als der neue Herr Magister ankam, gab es "Brod, Wein und Fisch zum Einstand" im Werte von 2 Gulden 30 Kreuzer. Auch wurden für die Franziskaner sozusagen als Vorschuss die jährlich versprochenen drei Eimer Wein (je 88,66 Liter), der Eimer zu 4 Gulden, bezahlt. Insgesamt gab man für die Einrichtung der Schule 44 Gulden 5 Kreuzer und 2 Pfennige aus. (Dies entsprach etwa dem Wert eines Fuders Wein = 1.063,9 l).

An Allerheiligen 1700 wurde also mit dem Unterricht am Gymnasium begonnen. Man könnte es ein Gymnasium im Aufbau nennen, weil es zunächst nur aus den ersten drei Klassen bestand. In der ersten Klasse unterrichtete weiterhin ein lateinischer Schulmeister der Stadt und brachte den Schülern die Anfangsgründe der lateinischen Sprache bei. Neben dieser "Infima" genannten ersten Klasse gab es die zweite Klasse (Secunda) und die dritte Klasse (Syntaxis). Diese beiden unterrichtete ein franziskanischer Magister.

Der Stoff war an sich sehr umfangreich. In der Infima und der Secunda wurden die Deklination und die Konjugation samt den einfachsten Regeln der Syntax behandelt. In der Syntaxis wurde wiederholt und die eigentliche Satzlehre durchgenommen. Außerdem behandelte man einfache Gesetze der Metrik. Dazu kam eine recht umfangreiche Lektüre: Phaedrus, Nepos, Cicero, Ovid, Catull, Tibull, Properz, Vergil. In der bald darauf angegliederten vierten Klasse (Poetica) sollte eingehend Verslehre betrieben und diese an Vergil und Horaz geübt werden. Außerdem wurden Cicero, Caesar, Sallust, Livius und Curtius gelesen. In der 5. Klasse (Rhetorica) beschäftigte man sich hauptsächlich mit den Reden Ciceros und deren Nachahmung. Sie hatte also die rhetorische Gewandtheit der Schüler zum Ziel, die danach eine Hohe Schule, d. h. eine Universität besuchen konnten. Das war in Miltenberg ab 1707 der Fall. Vor Ostern und Michaeli gab es Prüfungen und das Schuljahr schloss mit einem Michaeli-Spiel.

Weiterer Ausbau

Noch war es aber nicht soweit. Zunächst wurde der bestehende Zustand festgeschrieben. Am 21. Februar 1701 wurde ein Vertrag zwischen dem Magistrat und dem Franziskanerorden geschlossen, der als Entgelt für den Unterricht am

Gymnasium jährlich drei Eimer Wein und 75 Gulden vorsah:

"Nachdem von Ihrer kurfürstlichen Gnaden, unserem allerseits gnädigen herrn hiesige gemeine Stadt Miltenberg die gnädigste Concession erhalten, daß mit Verwilligung und Genehmigung Ihro Hochwürden des herrn Provincialis und Kapitels ordinis St. Francisci, Thüringer Provinz zu besserer aufnahm der hiesigen Jugend fürterhin auch dahier Secunda und Sintaxis durch einen gewissen Magistrum docirt werden solle; damit inzwischen aber das Kloster auch derentwegen eine Ergötzlichkeit haben möge, Alß offerirt mehr angeregte Stadt dem allhiesigen Kloster jährlich drey Eimer Wein und fünf und siebenzig Gulden an Geld, und damit dies instehende jahr den Anfangk zu machen, dessen zur wahren Urkundt und mehrerer Bekräftigung ist dieser Kontrakt in duplo ausgefertigt, allerseits unterschrieben, gesigelt und jedem Theil Eine zugestellt worden, so geschehen Miltenberg den 21ten Februar 1701."

In der Stadt war man mit diesem noch unvollständigen Gymnasium nicht zufrieden. Am 2. Januar 1706 wurde in Mainz erneut beantragt, Poetica und Rhetorica lehren zu dürfen. Endlich wurde dies genehmigt und so kam im Jahre 1707 ein zweiter Professor. Zwar gab es zwischendurch kurzzeitig wieder einen Rückschlag. 1733 bis 1753 unterrichteten aber meist zwei Franziskaner-Professoren, weil interessierte Eltern dem Kloster die verlangten Zulagen vertraglich zusicherten. 1753, nach dem Umzug der Schule in die Waag, das heutige Alte Rathaus also, waren es drei, von 1783 an sogar fünf.

Diese Vermehrung war auch eine Folge der Schulreformen, die 1771 im ganzen Kurstaat Mainz durchgeführt wurden. Infolge dieser Reformen wurde sogar ein weltlicher Lehrer in der Person des "Professors" Fleischmann für die Rechen- und Schönschreibkunst angestellt, der vom Staat mit 300 Gulden besoldet wurde. Damit erhielt er mehr als das Franziskanerkloster für alle seine fünf Professoren. Im Zuge der Reform wurde auch das Miltenberger Gymnasium im September 1782 vom damaligen Oberpräfekten Ladrone visitiert. Er kam am 7. 9. 1782 nach Miltenberg, und sein sehr umfangreicher Bericht an den Kurfürsten trägt das Datum vom 3. 1. 1783. Seiner klosterfeindlichen, von der Aufklärung geprägten Auffassung von einem geordneten Schulbetrieb konnte das Gymnasium in Miltenberg nicht genügen. Deshalb wurde es - ebenso wie das Franziskanergymnasium von Tauberbischofsheim - auf seine Anregung hin in ein Gymnasium nach Mainzer Vorbild mit dem dort gültigen Lehrplan umgewandelt. Ab 1783 sah das so aus, dass die lateinische Trivialschule zwei Jahrgänge hatte, das Gymnasium aber vier Klassen. Die Trivialschule wurde dem Chorrektor abgenommen, der allerdings dort noch Repetition halten durfte. In der Trivialschule unterrichtete fortan ebenfalls ein Franziskanerprofessor, außerdem wurde eine Amtsschulkommission Miltenberg gegründet, der der Stadtpfarrer, der Amtsdirektor, der Amtskeller und ein Mitglied des Stadtrates angehörten.

Im Jahr der Inspektion zählte die Anstalt fünfzig Schüler; mehr waren es im 18. Jahrhundert selten. Sie zeigten, wie der Bericht ausweist, ein gutes sittliches Betragen und Ehrfurcht vor den Vorgesetzten. Dies war sicher eine Folge der intensiven religiösen Erziehung, die einen täglichen Gottesdienstbesuch (sonntags sogar zwei) und alle drei Wochen eine Beichte mit Beichtzettel vorsah. Auch auf der Straße waren die Schüler zu allen Zeiten sittsam und in der Kirche still

und andächtig. Nur vor dem Unterricht vollführten sie - wie die Schüler zu allen Zeiten - bei mangelnder Aufsicht großen Lärm.

Die gewöhnlichsten Strafen waren Stockschläge. Als Strafen härterer Art gab es Rutenstreichungen, sogenannte "Beller", Auspeitschen nach Jesuitenart oder die Exclusion (d. h. Ausschluss); diese waren besonders für Schüler, "welche die Wirtshäuser und Mädchen besuchten". Da es keine Schuldiener gab, mussten die Professoren die Strafen selbst ausführen.

Während es um die geistigen Verhältnisse wohl nicht so schlecht stand, müssen die räumlichen und hygienischen Verhältnisse untragbar gewesen sein. "Damit die studierende Jugend und patres reverendi wegen unsauberkeit und geruch sicherer und ohngehinderter" arbeiten konnte, sollte die Schule 1749 in ein Anwesen "ober der Waag" verlegt werden, das der Acciser Grossmann vorher für 750 Gulden erworben hatte. Da dieses Gebäude dem Rat wohl zu teuer war, kaufte er am 18. Juli 1749 von Bernhard Joseph Kittner dessen "Wohnbehausung", Hümpplerhof genannt, für 575 Gulden. Das Gebäude war vom späten 14. Jahrhundert bis 1671 das Zunfthaus der Miltenberger Fischer- und Schifferzunft; die meisten Mitglieder der Zunft waren Hümppler, d. h. Kleinschiffer mit Nachen. Der Rat investierte laut Stadtrechnung etwa 160 bis 170 Gulden, um das Haus "für die neue Studentenschul" einzurichten. Man hat auch hier mit relativ großem Aufwand ein Glockentürmchen auf das Dach gesetzt und dafür im Oktober 1749 bei einem Frankfurter Glockengießer eine Glocke für fast 40 Gulden gekauft.

1750 errichtete der Bauunternehmer und Architekt Johann Martin Schmidt seinen stattlichen Neubau direkt neben der Schule. Außerdem erwarb er zwei an der "Studentenschul" angrenzende Grundstücke, darunter den ehemaligen Kittnerschen Garten, um einen "kleinen Stall" zu bauen. Damit war das Gymnasium vom Regen in die Traufe gekommen, denn die geschaffenen Verhältnisse stanken im wahrsten Sinn des Wortes zum Himmel, so dass sich die Schule am 30. 4. 1751 beim Rat beschwerte: In drei Meter Entfernung hatte Schmidt einen Abort eingerichtet, dazu kamen die Gerüche aus dem Stall, und im ehemals Kittnerschen Garten trafen sich junge und alte Miltenbergerinnen zum lautstarken Geplauder. Schmidt wies alle Vorwürfe als unbegründet zurück. Er habe alle notwendigen Abstände eingehalten. Es spricht für die starke Position des Großvaters von Joseph Martin Kraus als Bürger und Unternehmer, dass der Stadtrat ihm keine Verbesserungen abringen konnte. Abtritt und Stall konnten bleiben, das Gymnasium musste weichen. Im Rat begündete man dies am 17. August 1753 mit dem dritten Magister für die Schule, für den man ein 3. Schulzimmer brauche. Dafür sollte umgehend die "Waag" umgebaut werden.

Dort war 1750 das Dach erneuert und dabei in seine heutige Form gebracht worden. Dadurch wurde der vorher anscheinend länger ungenutzte Saal wieder brauchbar. Der Rat beauftragte am 17. August 1753 eine dreiköpfige Kommission, den Umbau streng zu beobachten. Dieser kostete 400 Gulden. Man ließ den Saal in der Höhe halbieren, was bei sieben Metern Raumhöhe kein Problem war, und in dem Zwischengeschoss die drei Schulräume einrichten. Der Aufgang erfolgte über die Seitentreppe, neben der noch eine Abwasserrinne zur Hauptstraße gepflastert wurde. Auch das "Stundendörmlein" wurde hierher versetzt. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der große Bogen im oberen Saal zugesetzt. Bereits zum Jahresende war der Umbau vollendet. Was dem Haus fehlte waren Aborte.

Man schickte Schüler und Lehrer in den rückwärts gelegenen Hanggarten, was nicht nur wegen der Nachbarn unanständig war, wie die Schulvisitation von 1783 missbilligend bemerkte.

In der "Waag" wurde nur bis 1805 Unterricht erteilt. Dann zog die Stadtverwaltung ein. Das Gymnasium musste ins Kloster verlegt werden. Die Räume befanden sich gleich links neben dem Eingang in dem Konventsbau mit Blick auf den kleinen Friedhof. Dass es sich dabei um nur drei relativ kleine Lehrzimmer ohne Nebenraum - außer einem unzweckmäßig angebrachten Abort – handelte, zeigt, dass das Raumproblem des Gymnasiums nicht gelöst war. Dennoch wurde bis 1880 unter den beengten Verhältnissen unterrichtet.

Unter fünf Landesherrn

Neu geordnet überstand das Gymnasium die folgenden Jahre offenbar recht gut, bis 1803 das Kurfürstentum Mainz zerstückelt wurde.

Miltenberg kam zunächst unter die Herrschaft des souveränen Fürsten zu Leiningen, der in Amorbach residierte. Dieser wollte das Erziehungswesen und die Bildungsmöglichkeiten in seinem Land verbessern, und er tat dies auf zweierlei Weise. Einmal errichtete er aus Mitteln des ehemals der Universität Mainz gehörenden Richelbacher Fonds einen Schulfond, der für alle Ausgaben aufkam, so dass die Stadt lediglich 120 Gulden und 8 Mainstecken (3 Mainstecken = 1 Klafter) Holz für die Beheizung des Professorenzimmers ausgeben musste.

Zum Zweiten bemühte sich der Fürst um die Hebung des Ansehens der Professoren. Sie wurden in schulischen Fragen dem Stadtpfarrer unterstellt und in anderen Bereichen (Leistungen von Diensten im Kloster, Messe halten, Befreiung vom Terminieren) den angeseheneren Mitbrüdern wie den Prädikatoren gleichgestellt; außerdem erhielten sie eine vierteljährliche Zuwendung von zehn Gulden zur eigenen Verfügung.

Eine weitere Erneuerung trat insofern ein, als statt des verstorbenen Lehrers für Mathematik und Schönschreiben ein französischer Sprachmeister angestellt wurde. Insgesamt brachte also der Herrschaftswechsel zunächst eine erfreuliche Entwicklung in Gang. Zu besonderer Hoffnung gab die Absicht des Fürsten Anlass, den Richelbacher Fond zur Finanzierung einer hohen literarischen Anstalt, also einer Art Universität zu verwenden, die in Miltenberg angesiedelt werden sollte, und zwar bei dem bestehenden Gymnasium. Am 15. 11. 1805 begannen die Vorlesungen in Mathematik, Anthropologie, Logik, Rhetorik und Philosophie, die von zwei Herren gehalten wurden: dem geistlichen Direktor Eisenmann und dem Kaplan Seeber, der gleichzeitig Pfarrverweser war.

Dieser Zustand dauerte aber nicht lange an. Schon am 14. 04. 1806 verfügte der Fürst die Schließung dieser hohen Schule. Nach der Mediatisierung des Fürstentums teilte der hochfürstlich Leiningensche Kirchenrat am 7. Mai 1806 dem Kaplan Seeber mit, dass der Richelbacher Schulfond künftig zur Errichtung einer hohen Schule in Amorbach verwendet werde. Damit war dem Miltenberger Gymnasium die finanzielle Grundlage entzogen. Das Großherzogtum Baden, auf das die Herrschaft über Miltenberg 1806 übergegangen war, stellte auch bald

darauf die Zahlung ein, so dass weder die franziskanischen Professoren noch der Pedell für ihre Dienste regelmäßig bezahlt werden konnten. Diese Situation verbesserte sich auch nicht, als das Großherzogtum Hessen 1810 die Herrschaft über Miltenberg übernahm. Obwohl das Jahresgehalt der Professoren nur zehn Gulden betrug, wurden diese 1812 nicht bezahlt, so dass die Herren damit drohten, ihr Amt niederzulegen. Die Stadt Miltenberg war aber dennoch nicht bereit, die Finanzierung zu übernehmen. Man hoffte nämlich, -allerdings vergeblich- noch Zahlungen aus dem Richelbacher Fond auf dem Klageweg erzwingen zu können. Deshalb war man lediglich bereit, einen Vorschuss von 15 Gulden zu bezahlen.

Das Schicksal des Gymnasiums war besiegelt, als am 1. 5. 1812 auch in Darmstadt beschlossen wurde, dass das "Richelbacher Gefälle zur Dotierung einer nunmehr zu Amorbach errichteten gemeinschaftlichen Lehranstalt" verwendet werde. Für die Lehrer der Klosterschule Miltenberg müsse die Stadt aufkommen, die dies gerade in diesen Jahren aber nicht konnte, weil wegen der Napoleonischen Kriege die Finanzlage der Stadt sehr angespannt war, zumal auch die Einquartierungen 1812 bis 1814 kein Ende nehmen wollten.

Einen weiteren Schlag musste das Gymnasium hinnehmen, als auf Grund der Beschlüsse der hessischen Schulbehörde am 15. 06. 1813 verfügt wurde, dass in Ermangelung von Lehrern aus dem Konvent der Franziskaner das Gymnasium zu Miltenberg "mit Ende des gegenwärtigen Lehrkursus Qua tale aufhören sollte". Allerdings hätte man nichts gegen ein von der Stadt finanziertes Progymnasium einzuwenden.

Zu allem Unglück für das Gymnasium "in beschränktem Zustand" wurde Miltenberg durch den Territorialrezess vom 11. 7. 1816 dem Königreich Bayern zugeschlagen. Es war zu befürchten, dass die Anliegen der mittlerweile sehr kleinen Schule in dem größeren Staatsgebilde noch weniger Gehör finden würden.

In dieser Situation unternahm der Miltenberger Ratsschultheiß Michael Joseph Wirth einen geradezu verzweifelt anmutenden Versuch, das Gymnasium zu retten. Er wies in einer Denkschrift auf die Bedeutung der Schule für die Kinder der Stadt und der benachbarten Gemeinden wie Kleinheubach, Bürgstadt und Großheubach ebenso hin wie auf die verkehrsgünstige Lage zwischen Aschaffenburg und Würzburg. Die Stadt biete nicht nur gute Unterkunft und Verpflegung, sondern sie sei auch gut für die moralische Entwicklung der Schüler. Außerdem trage die Schule stark zur Hebung des Charakters und der Zivilisation bei, weil nicht wie in Amorbach größtenteils Beamtensohne die Schule besuchten, sondern auch Zöglinge aus dem Bürgerstande. Schließlich wies Wirth auf die Verluste hin, die die Stadt durch die vergangenen Kriegsstürme und durch die Auflösung des ehemaligen Oberamtes zu erleiden hatte. "Höchst schmerzlich würde es daher den Bewohnern Miltenbergs fallen, wenn das uralte Gymnasium dahier, welchem so manch tüchtige und allgemein geachtete Staats- und Kirchendiener ihren Elementarunterricht verdanken, aufhören sollte." Die bürokratische Antwort der königlich-bayerischen Regierung des Untermainkreises erfolgte am 1. Oktober 1817:

"Im Namen Seiner Majestät des Königs! Da die Lehrer des Gymnasiums theils ihres Alters, theils ihrer geringen Zahl wegen, der Aufgabe eines königlich-bayerischen Gymnasiums nicht gewachsen sind, ein solches, wegen der Nähe der Gymnasien zu Aschaffenburg und dahier zu Miltenberg nicht nöthig, auch in Ermangelung der hinreichenden Fonds nicht organisiert werden kann; da ferner in dem nahe gelegenen Amorbach eine vollständige lateinische Vorbereitungsschule errichtet ist: So hat die bisherige Lehranstalt der braunen Franziskaner zu Miltenberg zu zessiren, was den selben und den Schülern zu ihrem Benehmen zu eröffnen ist."

Wirth versuchte daraufhin, am 30. 10. 1817 wenigstens ein Progymnasium, "mit welchem eine höhere Bürgerschule" in Verbindung gesetzt werden könnte, zu retten und schlug dafür auch eine Finanzierung vor. Hinweise auf Ansprüche der Miltenberger auf den Richelbacher Fond und auf Zahlungen eines Lehrers in Rechtsnachfolge des früher vom Fürsten Leiningen bezahlten Mathematiklehrers schmetterte die Regierung ab; auch Hinweise auf das Testament des eben verstorbenen Stadtrats Philipp Bischoff wollte man nicht gelten lassen.

So war das Schicksal des alten Franziskanergymnasiums besiegelt. Da am 1. 10. 1817 die Zahlungen eingestellt wurden, mussten sich 41 Schüler (13 Trivialisten, 13 Sekundaner, 5 Syntaxisten, 4 Poeten und 6 Rhetoren) nach einer neuen Heimstatt bzw. Schule umsehen. Für die jüngeren von ihnen gab es insofern eine Hilfe, als der Rektor und bisherige Lehrer der untersten Gymnasialklassen, Joseph Freyrich, Privatunterricht in Latein und auch in den übrigen Gymnasialfächern erteilte. So konnte manch begabter Miltenberger Schüler die Aufnahmeprüfungen in Aschaffenburg bzw. Würzburg bestehen und dort in ein Progymnasium oder Gymnasium aufgenommen werden.

Die Königlich Bayerische Lateinschule

Aufgrund der schwachen finanziellen Lage war die Stadt Miltenberg zunächst nicht in der Lage, den Kampf um eine höhere Schule weiterzuführen. 1829, nach dem Tode des Erblässers Philipp Bischoff (am 16. 5. 1817) und seiner Schwester Josepha Bischoff (am 19. 12. 1823) änderte sich diese Situation. Aus dem hinterlassenen Vermögen der Geschwister Bischoff blieben zur Gründung eines Wohltätigkeitsfonds ein Kapitalvermögen von 125.313 Gulden, aus dem der Verwaltungsrat auf Vorschlag von Wirth 600 bzw. 500 Gulden jährlich für die Anstellung eines Oberlehrers für die Lateinische Schule und eines Studienlehrers zur Verfügung stellte. Da auf Antrag der Stadt am 29. 10. 1824 eine vorläufige Genehmigung eintraf, konnte bereits am 1. 11. 1824 mit 28 Schülern in zwei Klassen mit dem Unterricht begonnen werden.

Lehrkräfte aus dem Franziskanerorden standen nicht mehr zur Verfügung, da sich zu dieser Zeit das Franziskanerkloster in Auflösung befand. Es gab nur noch drei Patres, weit über 70 Jahre alt. Allerdings mietete man Räumlichkeiten im Franziskanerkloster an, da das ehemalige Rathaus bei der Pfarrkirche zur Volksschule und die "Waag" mittlerweile zum Stadthaus umgewandelt worden war. Als Lehrer wurden Weltgeistliche eingestellt, die sich die Qualifikation für das höhere Lehramt durch eine Prüfung erwarben. Der erste Oberlehrer hieß Pfister; ihm zur Seite stellte man am 1. 11. 1826 Michael Peter. Am 1. 11. 1828 kam als

Lehrkraft der schon erwähnte Rektor Freyrich hinzu. Den Unterricht in Kalli-

graphie (Schönschreiben) übernahm 1829 der Lehrer der Zeichenschule Vanderschaer. Für die Ordnung der Schule sorgte ein von der Regierung bestätigtes Scholarchat, dem fünf Personen (Regierungskommissar, Herrschaftsrichter, Stadtpfarrer, Bürgermeister und Vorsitzender des Gremiums der Stadtbevollmächtigten Wirth) angehörten. Im Jahr 1830 wurde die Lateinische Schule zu Miltenberg staatlich anerkannt und unter die Oberaufsicht der Regierung in Würzburg gestellt, obwohl "die vorschriftsmäßig konstituierten Klassen nur von drei Lehrern versehen" wurden. Dies war auch der Grund, warum Pläne der Stadtverwaltung, gleich ein Vollgymnasium zu errichten, keine Chance auf Genehmigung hatten.

Anfangs gab es viel Wechsel bei den Lehrern. Erster Subrektor war Michael Peter, der eine Pauperbibliothek einrichtete und dazu selbst 100 Gulden stiftete. Einer seiner Nachfolger, P. Schittisch, der von 1834 bis 1837 tätig war, baute mit Mitteln des Bischoffsfonds die Schulbibliothek aus, die 1849 bereits 322 Bände umfasste. Leider besitzt die Schule heute nur noch wenig Exemplare aus dieser Anfangszeit, weil die wertvollen Stücke des Bestands in den 80-er Jahren nach Würzburg gebracht wurden. Eine gewisse Kontinuität trat ein, als am 24. 10. 1837 Philipp J. Lehmann das Subrektorat erhielt und mit ihm der Studienlehrer Vatter eingestellt wurde. Lehmann wirkte 39 Jahre als Leiter der Lateinschule. In dieser Zeit blieben allerdings die Schülerzahlen gering. 1852 z. B. zählte die erste und zweite Jahrgangsstufe 23 und die dritte und vierte nur neun Schüler.

Die religiöse Erziehung wurde auch in der Lateinschule ganz groß geschrieben. Ein täglicher gemeinsamer Gottesdienstbesuch um 7.30 Uhr, das Gebet vor Unterrichtsbeginn und zweimal Gottesdienste sonn- und feiertags waren ebenso das Minimum wie fünfmal jährlich Beichte und Kommunion. Auch sonst mussten sich die Lateinschüler gesittet benehmen. Satzungen und Vorschriften schrieben die Art des Wohnens, den Verzicht auf Raufen und Streiten, das Verbot auffälliger Kleidung bzw. Accessoires, Verbot des Spielens am Main, der Fahrt in Kähnen, unerlaubten Badens, von Wirtshausbesuchen bzw. Tanzlokalen, fest, und all das wurde kontrolliert, auch dadurch, dass die Lateinschüler einen auffälligen roten Kragen (bei den Gymnasiasten war er blau und bei den Gewerbeschülern grün) tragen mussten. Seit 10. 10. 1838 bis etwa zur Reichsgründung war es bei schwerer Strafe verboten, ohne diesen roten Kragen auf dem Rock in der Öffentlichkeit zu sein. Kein Wunder, dass die Lateinschüler deswegen auch Spott zu ertragen hatten und von ihren Altersgenossen "Rothschilde" genannt wurden.

Diese Vorschriften blieben erhalten, als in Ermangelung von geistlichen Bewerbern auch weltliche Personen Lehramtsstellen an den höheren Schulen bekamen. Der erste weltliche Studienlehrer in Miltenberg war Ludwig Bauer (1861 - 1867), der Dichter des im 1. Weltkrieg populären patriotischen Liedes "Oh Deutschland hoch in Ehren". Nach Lehmann gab es auch weltliche Subrektoren. Es waren dies Joseph Füger 1876 - 1892, Karl Friedrich Böhm 1892 - 1896, Max Weber 1896 - 1899 und schließlich Rupert Poiger 1899 - 1902. Dieser war danach auch von 1902 bis 1924 erster Königlicher Rektor des Progymnasiums.

Neben diesen Wechseln prägten zwei weitere Ereignisse die Entwicklung der Schule nach außen. Zum einen war dies die Schulreform in Bayern, die mit der neuen Schulordnung im Schuljahr 1874 / 75 in Kraft trat. Durch diese wurden den Lateinschulen und Gymnasien eine "1. Classe neuer Formation" vor die unterste gelegt. Dafür wurde aber auf Vorkenntnisse im Lateinischen bei der Aufnahme verzichtet. Damit passte sich das bayerische Schulwesen an das der anderen deutschen Länder an, und die Miltenberger Lateinschule hatte fortan fünf statt vier Klassen. Als Ausgleich für den Verzicht auf lateinische Vorkenntnisse wurde eine Aufnahmeprüfung in den Fächern Religion, Deutsch und Rechnen eingeführt. Dieser konnten sich Schüler nach Absolvierung der 3. Volksschulklasse unterziehen. Auf diese Weise wurde zum ersten Mal eine organische Verbindung von Volksschulen und Gymnasien geschaffen. Da vorher kein Alter vorgeschrieben war, schwankte 1840 / 41 das Alter der Anfänger auf der Lateinschule von 8 1/2 bis 15 1/2 Jahren. Der älteste Schüler, der aufgenommen wurde, war 17 1/2 Jahre alt. Dieser absolvierte im Jahre 1842 / 43 im Alter von 21 1/2 Jahren die letzte Klasse der Lateinschule.

Als zweiter Einschnitt ist der Umzug vom Franziskanerkloster in das Volksschulgebäude neben der Pfarrkirche im Jahre 1880 zu nennen. Trotz des freundlichen Anstrichs und einiger wohl mehr kosmetischer Reparaturen zog man in ein altes Gebäude, das obendrein noch zu klein war. Eine der fünf Klassen musste deshalb weiter im Franziskanerkloster untergebracht werden.

"Humanisten" contra "Realisten"

Schulzucht und Lehrpersonal weckten also lange Zeit bei vielen den Eindruck, dass die Lateinschulen zu sehr auf die Kirche ausgerichtet seien. Dazu trug die Lehrplangestaltung in nicht geringem Maße ebenfalls bei.

Nach Ausschaltung der Jesuiten hatten sich in Bayern in der Bildungsdiskussion nicht die "Realisten", die sog. "Sachfächer" wie Geographie, Universalgeschichte, Naturlehre und auch muttersprachlichen Unterricht forderten, sondern die Neuhumanisten durchgesetzt, die das bayerische humanistische Gymnasium konzipierten. Im Mittelpunkt stand dabei die Vorbildhaftigkeit der griechischen Kultur. Die Beschäftigung mit dem Altertum beschränkte sich aber nicht mehr nur auf grammatische und stilistische Sprachübungen, sondern auf die gesamte Antike (Sprache, Gegenstände, Kunst, tiefere Gehalte). Diese wurden zum idealen Vorbild. Die wissenschaftlichen Grundlagen wurden von der neu entstandenen Altertumswissenschaft erarbeitet. Es entstand ein neuer Berufsstand, die Philologen, die nach und nach die Theologen aus dem Unterricht an den höheren Schulen verdrängten.

Wenn es nach dem radikalsten Vertreter der humanistischen Bildung, dem Thüringer Friedrich Thiersch, gegangen wäre, hätte es nach dem Schulplan von 1829 in den Gymnasien und Lateinschulen nur vier Fächer gegeben: Latein, Griechisch, Religion, Mathematik und etwas Geographie verbunden mit vaterländischer (= bayerischer) Geschichte und Schönschreiben.

Für die deutsche Sprache war keine Stunde vorgesehen. Thiersch war der Meinung: "Wir haben sie mit der Muttermilch bekommen und es ist eine Torheit sie zu lehren und lernen zu wollen."

Diese Radikalität der Verfechter der humanistischen Bildung - der Ausschluss jeglichen realistischen Fachs und eine bis zur Gelehrsamkeit gesteigerte Wissenschaftlichkeit - machte auch ihre Schwäche aus. Denn die Anhänger der "reinen Lehre" sahen jede Reform hin zu mehr Realismus als Niederlage an, während das realistische Schulwesen beginnend mit der anfangs eher kümmerlichen Gewerbeschule einen ständigen Aufstieg erlebte.

Schon die Schulordnung von 1830 war für Thiersch ein Sündenfall. Sie verringerte das Lateinische etwas, verschob das Griechische um ein Jahr zugunsten einer leichten Vermehrung der Stunden in Mathematik, Geschichte und Geographie und einer Aufnahme von Deutsch als Pflichtfach mit zwei Wochenstunden. Insgesamt überwogen aber die alten Sprachen die übrigen Fächer immer noch im Verhältnis 109 zu 87.

Die nächsten Reformen brachten einen weiteren Rückgang der Lateinstunden zugunsten neuer Fächer: Französisch (Wahlfach 1830, Pflichtfach 1859 bzw. 1874), Naturkunde (ab 1891), Physik als eigenes Fach (1914). Zeichnen wurde ab 1891 in der 2. und 3. Lateinklasse unterrichtet. Seit 1837 gab es gymnastische Spiele und Spaziergänge; Turnen wurde 1874 Pflichtfach (1879 kam in Miltenberg Schwimmen dazu).

In Miltenberg fanden diese Vorgänge insofern ihren Niederschlag, als der Stundenplan der Lateinschule jeweils den neuen Vorschriften angepasst werden musste. Daneben fanden aber auch immer wieder massive Versuche statt, die Lateinschule in eine mehr praxisorientierte Realschule umzuwandeln. Dahinter steckten - vor allem in der Zeit des Vormärz - die Kaufmannschaft und die mit ihr verbundenen demokratischen Tendenzen. Versuche, in staatlich vorgegebenen Modellen (1837) bzw. in eigenen Lehrplanmodellen (Lehmann 1853, Schirmer 1874) "die Sonderinteressen bezweckende Realschule mit der die allgemeinen Interessen währenden Lateinschule" in Einklang zu bringen, scheiterten aber aus verschiedenen Gründen. 1848 geriet die Lateinschule in eine schwere Krise; der Vorwurf, sie erziehe nur "Fürsten und Pfaffenknechte", veranlasste viele Schüler zum Austritt, so dass die Gesamtzahl auf 17 absank. Die Verluste wurden allerdings bald danach wieder ausgeglichen, so dass 1852 / 53 wieder 40 Schüler gezählt werden konnten.

Neben den fehlenden "Realien" machte sich auch der oft unzulängliche Mathematikunterricht negativ bemerkbar. Dadurch hatten Miltenberger Schüler, die nach Absolvierung der Lateinschule in ein Aschaffener oder - vor allem, wenn sie Priester werden wollten - Würzburger Gymnasium übertreten wollten, doch einige Schwierigkeiten. Den Miltenberger Schülern, die nach Aschaffenburg wechselten, ging der Ruf voraus, in allen Fächern gut ausgebildet, aber in Mathematik "gegenüber den Aschaffenern zurück zu sein."

In Miltenberg verlor die geschilderte Auseinandersetzung zwischen Humanisten und Realisten an Brisanz, als 1867 Hermann Trotter eine private Real- und Han-

delsschule gründete. Diese florierte sehr stark, so dass sie schon 1886 von der Regierung als "vollständige sechsklassige private Lehranstalt nach dem Muster einer königlich-bayerischen Realschule mit Handelsabteilung" anerkannt worden war. Eine Rivalität blieb dennoch bis zum Ende des Jahrhunderts. Diese zeigte sich nicht nur bei oft absichtlich parallel angesetzten Festveranstaltungen, bei denen Subrektor Füger bzw. Direktor Trotter jeweils vor "ihrem" Publikum versicherten, dass es für die Jugend nichts Besseres gebe, als die humanistische Bildung bzw. die reale Bildung. Und bei den etwa gleichstarken Gruppen der Latein- und der Handelsschüler führten die Auseinandersetzungen über die Frage nach der besseren Bildung oft zu handfesten Keilereien.

Dass der Einfluss der Anhänger der Handelsschule in Miltenberg sehr groß war, merkte man daran, dass es ihnen gelang, die seit 1892 ins Auge gefasste Errichtung eines Progymnasiums um zehn Jahre zu verschieben. Hauptgrund war neben den zusätzlichen Kosten auch die Befürchtung, dass die Handelsschule Schaden nehmen werde, weil auf ihr nicht, wie auf einem Progymnasium, das sogenannte "Einjährige" erworben werden konnte, das es den Absolventen ermöglichte, die militärische Dienstpflicht auf ein Jahr zu beschränken. Die Lateinschule nutzte diesen und andere Vorteile, um damit für ein Progymnasium zu werben: So enthielten die Jahresberichte in den Jahren vor 1902 jeweils einen gleichlautenden zweiseitigen Anhang, der die Vorteile des Besuchs des Progymnasiums herausstellte.

Das Progymnasium

1892 wurden die Stadtväter in Miltenberg vor eine wichtige Entscheidung gestellt. Das bayerische Kultusministerium beabsichtigte, die nicht lebensfähigen Lateinschulen entweder aufzulösen oder in eine Realschule umzuwandeln oder mit solchen zu vereinigen, während die gut besuchten zu Progymnasien erhoben werden sollten. Allerdings hatten die beantragenden Städte für die Kosten aufzukommen.

Von der Größe her war für Miltenberg die Angelegenheit eigentlich klar. Mit Kitzingen und Lohr zusammen hatte die Stadt die größte Lateinschule in Unterfranken und unter den 42 Lateinschulen in Bayern stand Miltenberg an 12. Stelle. Die Umwandlung in ein Progymnasium schien deshalb etwas Selbstverständliches zu sein. Deshalb fassten die städtischen Kollegien am 16. und 18. Januar 1893 einen positiven Entschluss. Man rechnete mit 5000 Mark Kosten, wovon die Stadt die Hälfte, die andere Hälfte der Kreisfond tragen sollte.

Die Verwirklichung ließ auf sich warten, weil das Problem der Finanzierung nicht gelöst wurde. Der Kreis übernahm nicht die vorgesehenen Kosten, und in Miltenberg standen andere wichtige Projekte an, für die man viel Geld brauchte. Der Bau der Brücke und des Schlachthauses, des Wasserwerks und des Elektrizitätswerks, des Friedhofs, des Leichenhauses, der Kanalisation des Armenhauses, die Pflasterung, die Neuanlage von Straßen usw. waren vielen wichtiger als die Umwandlung der Lateinschule in ein Progymnasium. Der Widerstand in den städtischen Kollegien hatte natürlich auch noch den Hintergrund, dass die

Anhänger der Handelsschule nicht zustimmen wollten, bevor nicht auch diese das Militärprivileg erreicht hätte. Zwischendurch gab es auch einen Einbruch bei den Schülerzahlen: 1896 wurde das sogenannte Klosterpensionat aufgehoben, d. h. die Lateinschule musste auf 21 von 75 Schülern verzichten, die vom Franziskanerorden nach Bamberg verlegt wurden, weil dort zwei Vollgymnasien die Weiterbildung der Zöglinge zu Priestern leichter ermöglichten.

Hauptgrund für das Zögern war aber die Geldfrage. Der Kreis wollte den vorgesehenen Zuschuss nicht bezahlen und die Stadt Miltenberg hatte zur Jahrhundertwende - wie erwähnt - ehrgeizige Pläne. Obwohl Bürgermeister Schirmer in einem Promemoria darlegte, dass die Stadtkasse auch die Kosten für ein Progymnasium tragen könne, lehnte der Stadtrat 1898 die Einrichtung ab. 1901 schloss sich Miltenberg einer Initiative der Stadt Haßfurt an, die vergeblich zu erreichen versuchte, dass der Staat Mehrkosten für das Progymnasium ebenso übernimmt wie die Kosten für Vollgymnasien.

Anstatt der erhofften Erleichterung gab es jedoch im Zuge der Diskussion um ein Progymnasium noch mehr Belastung für die Stadt; sie wurde gezwungen, die schon seit mehreren Jahren in Miltenberg tätigen Assistenten tarifgerecht zu bezahlen und die Bezüge der Fach- und Nebenlehrer sowie des Pedells aufzubessern. Dafür erreichte man aber, dass 1901 erstmals ein geprüfter Gymnasiallehrer für Mathematik nach Miltenberg kam: Sein Name war Friedrich Lötze; seit 1902 hatte die Stelle Vincent Schmitt inne.

Während der Diskussion war deutlich geworden, dass - ohne Schaden für die Stadt - eine Entscheidung nicht mehr lange hinausgezögert werden konnte. Am 7. 7. 1902 entschied sich der Magistrat mit einer knappen Mehrheit von fünf zu drei Stimmen für ein Progymnasium. Die Gemeindebevollmächtigten stimmten am 15. 7. 1902 geschlossen zu. Mit der Urkunde vom 15. 8. 1902 wurde die fünfklassige Lateinschule ab dem 1. 9. 1902 in ein sechsklassiges Königliches Progymnasium umgewandelt.

Erster Leiter der Schule als Königlicher Rektor wurde der bisherige Subrektor der Lateinschule, Rupert Poiger. Er und fünf andere Gymnasiallehrer, darunter stets einer für Mathematik und Arithmetik, waren die Ordinarien für die Klassen I bis VI. Sie übernahmen neben ihren Spezialfächern in ihren Klassen möglichst viel Unterricht, d. h. oft auch in Geographie, Naturkunde und Deutsch. Daneben gab es noch fünf bis sieben Fachlehrer, meist Lehrer anderer Schulen, für Französisch, Schönschreiben und Zeichnen. Gesang- und Musiklehrer war lange Jahre der Volksschullehrer Martin Vierengel, der Namensgeber für die Straße in Miltenberg-Nord, an der das heutige Schulgebäude liegt. Religionsunterricht hielten Geistliche beider Konfessionen. Auch für die wenigen Schüler israelitischen Glaubens war Unterricht vorgesehen (1911 waren es drei, 1929 / 30 fünf; der erste Schüler jüdischen Glaubens ist im Jahr 1835 nachgewiesen. In der gesamten Zeit schwankte die Zahl dieser Schüler zwischen einem und sieben).

Es stellte sich bald heraus, dass die Kosten für das ausgebaute Progymnasium höher waren als die prognostizierten 5.000 Mark. Der Jahresetat 1905 stellte sich folgendermaßen dar: Er schloss in Einnahmen und Ausgaben mit 22.425 Mark, davon waren 21.150 Mark Personalkosten. Nach Abzug des Kreiszuschusses von

5.327 Mark und 2.000 Mark aus dem Bischoffsfond und nach Abzug der Einnahmen aus dem Schulgeld blieben der Stadt 12.479 Mark an Lasten.

Es standen aber noch höhere Kosten ins Haus. Die Erhebung zum Progymnasium war 1902 nur unter der Voraussetzung genehmigt worden, dass ein Neubau errichtet wird. Wegen der besonderen Belastung der Stadt hatte man eine Frist von fünf Jahren eingeräumt. In der Zwischenzeit war die Schule weiterhin in dem alten Lateinschulgebäude untergebracht. Da ein 6. Lehrzimmer fehlte, wurde wiederum eines im Franziskanerkloster angemietet, womit der Orden nun zum 3. Mal den Fortbestand der Schule sicherte. Das alte Lateinschulgebäude war zwar 1902 renoviert worden; die Zimmer erhielten neue Öfen und das Gebäude wurde an die städtische Wasserleitung angeschlossen. Das Gebäude stand aber "mit den unerlässlichen Anforderungen der Schulhygiene in unvereinbarem Widerspruch" und schädigte und gefährdete die Gesundheit der Lehrer und Schüler durch "unzureichenden Luftraum, mangelndes Licht und dünne Wände des oberen und Kälte des unteren Stockwerkes". Außerdem war das Gebäude schon seit den 90er Jahren baufällig. Drei Schüler, die dem drohenden Einsturz nachhelfen wollten, erzeugten im 1. Stock ein Erdbeben durch Springen von den Bänken auf den Boden, wodurch die Risse und Senkungen noch deutlicher wurden. Ergebnis des "Streichs" war allerdings nur eine zweitägige Schließung, und bei Unterrichtsbeginn wurde in allen Klassen geübt, auf welche Weise man die Schule am schnellsten verlassen könnte.

Wenn so mancher Verantwortliche in der Stadt gedacht hat, man könne den Neubau noch länger hinausschieben, so sah er sich getäuscht. Auf Mahnungen der Regierung und des Ministeriums reagierte man zunächst nicht. Erst als gedroht wurde, das Progymnasium zu schließen, wurden bis zum 1. Mai 1907 Pläne und Kostenvoranschläge (107.450 Mark) vorgelegt.

Besonders heiß umstritten war die Bauplatzfrage. Favorit der Regierung war ein Grundstück des Turnvereins am oberen Eisenherd zwischen Ringstraße und Philosophenweg, das weniger Kosten und einige Erweiterungsmöglichkeiten bot, besonders auch den Bau einer Turnhalle. Die städtischen Kollegien favorisierten zunächst den Hartigsgarten mit anschließendem Holzlagerplatz an der Mainstraße, heute Hauptstelle der Sparkasse. Da dieser aber abgelehnt wurde, weil er im Überschwemmungsgebiet lag, fiel die Mehrheitsentscheidung der städtischen Kollegien für ein im Besitz der Stadt und des Spitals befindliches Grundstück aus, die sogenannte Rebschule an der Luitpoldstraße. Bei dieser Entscheidung, deren Hauptmangel fehlender Platz für Erweiterungen bzw. eine Turnhalle war, blieb es, obwohl bald darauf der Bezirksamtmann sein Amtsgelände anbot, weil er in die Mildeburg wechseln wollte, und obwohl das Real- und Handelsschulgebäude am Engelplatz, das heutige Rathaus der Stadt, für 140.000 Mark zum Kauf angeboten wurde. Dies war vielleicht der letzte Versuch der Anhänger einer realistischen Bildung, den Ausbau des Progymnasiums zu verhindern. Dabei brachten sie auch den Plan ins Spiel, die private Realschule zur Oberrealschule auszubauen, unter Preisgabe der humanistischen Anstalt.

Die Entscheidung war jedoch gefallen. Der erste Spatenstich für das vom Stadtbaumeister Ludwig Frosch geplante Gebäude erfolgte am 29. 11. 1909. Am

7. 3. 1910 gingen die Maurer ans Werk. Für die Einrichtung der Lehrsäle nahm man das Realgymnasium Würzburg zum Muster. Besonders fortschrittlich mutet auch heute noch das Hallenbad (11,50 m x 4,80 m) der Schule mit Wärmerückgewinnung aus den Turbinen der Stadtwerke an, das neben den Schülern auch der gesamten Bevölkerung zur Verfügung stand. Die feierliche Eröffnung und Einweihung fand am 18. 9. 1911 statt. Das auch heute noch sehr ansprechend wirkende neue Gebäude war eine würdige Heimstatt für die auf sechs Klassen verteilten 85 Schülerinnen und Schüler und 13 Lehrer. Einziger Mangel war eigentlich zunächst nur die fehlende Turnhalle.

Dass die Raumnot bzw. die schlechten Erweiterungsmöglichkeiten noch einmal zu einem Thema werden konnten, lag an der realistischen "Schwesterschule". Diese hatte nach 1904 den Besitzer gewechselt und zunächst eine erstaunliche Entwicklung gemacht. Durch Umbau des Hotels "Engel" zur Schule und durch Pensionate am Burgweg und in der Bürgstädter und Eichenbühler Straße stieg die Schülerzahl auf 200 (darunter 120 Pensionäre). Gleichzeitig wuchsen aber die finanziellen Schwierigkeiten, die - auch wegen der Auswirkungen des Krieges und der Nachkriegszeit - trotz des Engagements der Stadt nicht beseitigt werden konnten. Als am 28. 2. 1921 die Stadt die Schule ganz übernehmen musste, reifte der Plan heran, die Handelsschule mit dem Progymnasium zu vereinigen.

Da Kreistag und Stadtrat sich darauf einigten, je die Hälfte der zusätzlichen Personalkosten zu übernehmen, entstand am 1. 5. 1922 das "Progymnasium mit Realschule Miltenberg am Main". Humanisten und Realisten waren fortan unter einheitlicher Führung vereint. Die von Latein und Griechisch dominierte humanistische Bildung wurde in den A-Klassen, die von Englisch, Französisch und kaufmännischen Fächern dominierte realistische Bildung in den B-Klassen gelehrt.

Die Inflation stellte die Finanzierung der Schule auf neue Füße. Zwar fielen jährlich ca. drei- bis viertausend Mark aus dem Bischoffsfond wegen Verlust des Barvermögens weg. Dafür kam auf Beschluss des Landtages der Staat für die Kosten aller höheren Schulen auf. Wegen des Winterbades wollte die Stadt das neue Schulgebäude aber nicht dem Staat übereignen. So verblieb die Pflicht, nötige Schulräume zu unterhalten und zu schaffen, bei der Stadt.

Diese Regelung erwies sich bald als sehr schwere Last. Wegen der wachsenden Schülerzahlen (1923 / 24 158 Schüler) geriet man trotz des Ausbaus des Dachstocks des Realgymnasiums bald in Raumnot. Von seiten der Verantwortlichen unternahm man aber nichts dagegen, weil die Schülerzahl als Argument im Kampf für den Ausbau zur Vollanstalt diente. Im Gegenteil, der neue Rektor der Schule (seit 1924 Studiendirektor Dr. Valentin Henselmans), wollte durch Wiedererrichtung eines Internats noch mehr Schüler nach Miltenberg bringen. Dies gelang ihm aber erst, als sich das bischöfliche Ordinariat 1926 entschloss, einen Teil des Würzburger Kilianeums nach Miltenberg zu verlegen. Da die Stadt sich sehr entgegenkommend zeigte, konnte Bischof Matthias Ehrenfried am 19. 4. 1927 das neue Gebäude in der Bürgstädter Straße für 100 begabte Schüler, hauptsächlich aus ländlichen Gebieten weihen. Im Schuljahr 1927 / 28 schnellte die Zahl der Schüler von knapp 200 auf 292, dann auf über 300. Es gab daher gro-

ße Schwierigkeiten bei der Unterbringung und der Bezirksarzt beanstandete des

öfteren die Überfüllung der einzelnen Klassen (bis zu 57 Schüler!). Als das Kilianeum die Zahl seiner Zöglinge gar noch von 100 auf 130 und dann 150 erhöhte, wurde es noch schlimmer. Es mussten drei Wanderklassen eingerichtet werden. Da immer noch keine neuen Unterrichtsräume bereitgestellt wurden, drohte die Regierung mit Zugangsbeschränkungen. Daraufhin erklärte sich die Stadt bereit, einen Neubau zu erstellen, wenn das Progymnasium zu einer Vollanstalt ausgebaut würde. Unterstützung erhielt dieser Plan von Regens Dr. Kilian Joseph Meisenzahl, der aus Bürgstadt stammte. Für den Ausbau sprach auch die Tatsache, dass Miltenberg 1927/28 mit seinen 292 Schüler die stärkste sechsklassige höhere Schule in Bayern war; man hatte auch mehr Schüler als 20 andere vollausgebaute Gymnasien. Das Ministerium aber lehnte die Anträge der Stadt und des Ordinariats ab und verlangte vor einer Genehmigung des Vollausbaus erst einen Neubau, den aber der Staat nicht finanzieren könne.

Zunächst versuchte die Stadt die Finanzfrage durch Nutzung der Winterhelt-Stiftung zu klären. Dies gelang aber ebensowenig wie die Beschaffung eines größeren Darlehens. Die Wirtschaftskrise beendete schließlich die Diskussion: Weder der Staat noch die Stadt hatten das nötige Geld. Das Kultusministerium lehnte am 26. 05. 1931 noch einmal den Vollausbau des Progymnasiums ab. Damit war auch das Ende der Hoffnung gekommen, zu Ostern 1932 die 40 Schüler der 6. Klasse in die 7. Klasse eines voll ausgebauten Gymnasiums eintreten zu lassen. Schulleitung, Stadtverwaltung und Bezirksarzt akzeptierten am 9. 9. 1931 angesichts der Krisenzeit diese Entscheidung.

Die Schule im NS-Staat

"Die mit dem Jahre 1933 beginnende Revolution alles Bestehenden machte sich während der ersten Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in unserer Schule verhältnismäßig wenig bemerkbar, wie diese überhaupt den Anspruch erheben kann, unter der Leitung von Männern, deren oberstes Gesetz das geistige, sittliche und körperliche Wohl der ihnen anvertrauten Jugend war, das überkommene Erbe auch in manchmal schwieriger Lage gewissenhaft verwaltet und immer wieder neu erworben zu haben."

Diese Einschätzung eines unverdächtigen Zeitzeugen, nämlich des Studienprofessors Johann Schwegler, der nach dem Kriege, gerade weil er unbelastet war, das Gymnasium wieder begründet hat bzw. dessen Wiedergründung leiten konnte, wird heute noch von vielen anderen Zeitzeugen und auch ehemaligen Schülerinnen und Schülern geteilt. Das genaue Studium von Veröffentlichungen und besonders der Jahresberichte zeigt aber ein anderes Bild. Der Eindruck von Kontinuität entstand vor allem, weil der Unterricht in der gewohnten Form auch nach 1933 weiter gehalten wurde. Das Schuljahr begann und endete jeweils bis in den Krieg hinein mit Festgottesdiensten. Auch wurde das religiöse Leben der Schüler gebührend gefördert. Für die katholischen Schüler wurde jeden Sonntag ein eigener fast von allen ortsanwesenden Schülern besuchter Schulgottesdienst abgehalten. Viermal im Jahr hatten die katholischen Schüler Gelegenheit zum Empfang der heiligen Sakramente. Die evangelischen Schüler besuchten die Gottesdienste und Gemeindeveranstaltungen ihres Bekenntnisses nach den

"Weisungen" ihres Religionslehrers.

Auf eine äußerliche Kontinuität wies auch die Tatsache hin, dass Dr. Valentin Henselmans die Schule von 1924 bis zum Ende des Schuljahres 1937 / 38 leitete. Aus der Feststellung, dass er seine führende Position so lange weiter inne haben konnte, kann man aber nicht schließen, dass er ein Anhänger des NS-Regimes gewesen ist. Dr. Henselmans wurde nach wiederholten Schutzhaft-Einvernahmen und Verhören Ende des Schuljahres 1937/38 wegen "politischer Unzuverlässigkeit" als Konrektor an das Alte Gymnasium in Würzburg versetzt. Vermutlich wollte man den tiefreligiösen Mann weghaben, bevor der Zugriff auf das Kilianeum erfolgte.

Nach einer einjährigen Vakanz in der Schulleitung wurde Josef Ullrich sein Nachfolger. Dieser wurde als Studienrat gerade zu dem Zeitpunkt als Anstaltsleiter eingeführt (am 27.3.1939), als das Kilianeum von der Stadt "übernommen" und in ein der NS-Erziehung dienendes "Deutsches Schülerheim" umgewandelt wurde. Für diese Aufgabe hätte man sicher keinen im ideologischen Sinne unzuverlässigen Mann ausgewählt. Ullrich unterrichtete auch nach dem Kriege wieder an der Schule. Er war ab 1949 Stellvertreter des Anstaltsleiters, Oberstudienleiter Pfändtner, und wurde 1953 dessen Nachfolger als Oberstudiendirektor und Schulleiter. Er war als Lehrer und Schulleiter sehr beliebt, so dass viele von dieser Tätigkeit nach dem Kriege her seine Rolle eher positiv beurteilten.

Betrachtet man die Lehrer, die das Stammpersonal der Schule bildeten, so ergibt sich ebenfalls über das Jahr 1933 hinweg eine große Kontinuität. Unter ihnen waren es eine ganze Reihe von hervorragenden Gestalten, die wie Schwegler von sich behaupteten, dem Nationsozialismus widerstanden zu haben. Der Jahresbericht 1940 / 41 gibt dazu aber eine interessante Aufstellung. Von den 25 zum Stammpersonal zählenden Lehrern waren acht zur Wehrmacht einberufen. Die restlichen taten sich durch folgende außerschulischen Aktivitäten hervor: "4 Lehrer betätigten sich in der SA, der NSV stellte sich 1 als Zellenwalter, 1 als Blockwalter, 1 als Ortsgruppenamtskassenwalter, 1 als Leiter der Abteilung Jugendhilfe zur Verfügung, 1 war Flug-Modellbaulehrer und stellv. Sturmfachbearbeiter für Modellflug im NSFK, 1 war Kreisschuljugendwalter, 2 waren NS-Jugendhelfer; im NSLB war 1 Kreisfachschaftsleiter II, 1 Vertrauensmann für die Fachschaft II, 1 Kreispressereferent, 1 Referent für geschichtliches Archiv, 1 Kreissachbearbeiter für Ernährung aus dem Walde; 1 war eingesetzt als Ehrengerichtsvorsitzender in der NSKOV, 1 arbeitete mit in der Abteilung Propaganda des RR., 1 war als Musikbeauftragter der Stadt, 1 als Mitarbeiter im Städt. Archiv tätig. Im Oktober 1939 stellte sich eine Anzahl Lehrer dem Landrat zur Mitarbeit bei Anträgen auf Familienunterhalt zur Verfügung."

Aus den ausgeführten Positionen geht hervor, dass sicherlich eine ganz Reihe von Lehrern aus nachvollziehbaren Gründen "den Weg des geringsten Engagements" gegangen sind. Sie zeigen aber auch, dass einige über das Pflichtmaß hinaus sich sehr stark für das NS-Regime engagiert haben. Nebenbei sei erwähnt, dass der Hausmeister der Schule 1930 Gründungsmitglied der Ortsgruppe der NSDAP war.

Auch die Aufzeichnung der vielen Feste und Feierstunden der Schule z. B. im Jahresbericht 1935 / 36 zeigen, dass "die entscheidungsreiche Zeit der fortschreitenden Wiedernerneuerung und des Aufstiegs in Deutschland" das Gesche-

hen prägte. Sie sind ein Zeichen dafür, wie sehr der Zeitgeist Einzug in die Schule gehalten hatte. Sogar Dr. Henselmanns selbst sprach z. B. bei den Feiern zum Muttertag am 11. 5. 1935, am "Tag der Machtergreifung" und am "Tag der Reichsgründung" am 30. 1. 1936, bevor die Rede von Goebbels aus Berlin übertragen wurde. Auch besuchten die Schüler aller Klassen am 3. September 1936 die Ausstellung "Blut und Boden" auf der Miltenberger Michaelis-Messe. Die Schüler des Progymnasiums als Teil der Staatsjugend waren aber nicht nur bei Festen und Aufmärschen gefordert, sondern auch als Sammler und Spender für die Sammlung des Winterhilfswerks, des Roten Kreuzes, des Deutschtums im Ausland, der deutschen Kriegsgräberfürsorge usw..

Der Jahresbericht 1935 / 36 enthält unter der Rubrik "Mitteilungen an die Erziehungsberechtigten" Bestimmungen über die Schülersauslese, die das bayerische Kultusministerium am 29. 4. 1935 erlassen hat. Darin wird zwischen körperlicher, charakterlicher, geistiger und völkischer Auslese unterschieden. Unter dem Begriff "körperliche Auslese" wird festgelegt, dass Jugendliche mit schweren Leiden, "deren Behebung nicht zu erwarten ist", sowie Träger von Erbkrankheiten nicht geeignet sind und daher nicht in die höhere Schule aufgenommen werden. Ähnliches gilt für Jugendliche mit Scheu vor Körperpflege und dauerndem Versagen bei den Leibesübungen, "das sich vor allem im Mangel an Willen zur körperlichen Härte und Einsatzbereitschaft äußert". Zur sogenannten völkischen Auslese heißt es: "Arische Schüler dürfen nicht hinter nichtarischen zurückgesetzt werden, es ist daher nicht angängig, an Nichtarier ... irgendwelchige Vergünstigungen zu geben ..., solange sie arischen Schülern versagt werden." Auch Schüler, "die durch ihr Verhalten in und außer der Schule die Volksgemeinschaft oder den Staat wiederholt schädigen", sind von der Schule zu verweisen. Diese Regelungen gehen eindeutig in Richtung der Benachteiligung und Ausgrenzung der jüdischen Mitschüler. Es hängt sicher mit dieser Veröffentlichung zusammen, dass der letzte jüdische Schüler, der zu Beginn des Schuljahres 1936 / 37 die Klasse 3 b besuchte, der 13-jährige Walter Rosenstock, die Schule verließ. Er wäre bei den Schülerinnen und Schülern gewesen, die 1942 als erste in Miltenberg das Abitur erhielten. Die Familie von Walter Rosenstock wanderte im August 1936 nach Nordamerika aus.

Neben den jüdischen Schülern wurden auch die Mädchen benachteiligt. Schon vor der Machtübernahme durften Mädchen im allgemeinen in einer höheren Lehranstalt nur aufgenommen werden, "wenn sie die für ein späteres Hochschulstudium erforderliche höhere Ausbildung erhalten sollten und dafür zweifellos gut befähigt sind." Es wird also deutlich, dass an Mädchen erhöhte Anforderungen gestellt wurden. 1935 wurde verfügt, dass Mädchen grundsätzlich von höheren Schulen für männliche Jugend so weit und so lange fern zu halten sind, als sich an dem betreffenden Ort mittlere und höhere Mädchenanstalten befinden, an denen die weibliche Jugend eine ihrem eigentlichen Wesen besser entsprechende Ausbildung erfahren kann. Schließlich verfügte das bayerische Staatsministerium am 23. 11. 1935, dass kein Mädchen eine höhere Schule ohne grundlegende hauswirtschaftliche Kenntnisse und Fertigkeiten verlassen soll. Darum wird "der Mutter die wichtige Aufgabe gestellt, die heranwachsenden Töchter planvoll in alle wichtigen hausfraulichen Aufgaben einzuführen." Von Ostern 1937 an sollten Mädchen mit Obersecundareife (7. Kl.) in die wissenschaftliche Oberstufe von höheren Lehranstalten nur mehr nach erfolgreicher Ablegung einer

Prüfung (wichtigste Kochregeln, Säuberung von Küchen- und Hausgeräten, Näh-, Flick- und Stopfarbeit, wichtigste Waschregeln, einfache Plättarbeit) aufgenommen werden.

In diesen Bestimmungen tritt das nationalsozialistische Mädchen- und Frauenbild ganz deutlich zu Tage. Auch die Jungen wurden mehr und mehr vereinnahmt. 1938 / 39 gehörten alle Schüler dem "Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA)" an. 1939 / 40 vermeldet der Jahresbericht stolz, dass die gesamte Schülerschaft der Staatsjugend angehört, d. h. dass sie entweder beim Jungvolk, in der HJ, bei den Jungmädels oder beim BDM organisiert waren.

NS-Schulreformen

Der Zugriff der Nationalsozialisten auf die Institution Gymnasium war zunächst weniger spektakulär als in anderen Gebieten, der Kultur beispielsweise, in der Literatur oder auch auf dem Gebiete der Volksschulen. Dort vollzogen die Nationalsozialisten den Übergang von der Bekenntnisschule zur Gemeinschaftsschule, wobei sie auch mit dem Beifall derer rechnen konnten, die vor der Machtübernahme diese Schulform angestrebt haben.

Der Einfluss des Nationalsozialismus auf die Gymnasien machte sich zunächst nur in Einzelmaßnahmen für verschiedene Unterrichtsfächer bemerkbar, vor allem in der Geschichte, wie es überall in Diktaturen geschieht, in der Biologie, die besonders die Vererbungs- und Rassenlehre zu verbreiten hatte, und bei den Leibesübungen, wo die Wehrtüchtigung immer mehr Raum einnahm. Stärkere Wirkungen hatte eine organisatorische Umgestaltung, die schon im Jahre 1936 stattfand, nämlich der Abbau des 13. Schuljahres. Dabei machte nicht die Verkürzung selbst das Nationalsozialistische aus, sondern die Tatsache, wie sie begründet wurde, nämlich aus "wichtigen bevölkerungspolitischen Gründen".

Noch ein weiteres Ziel verfolgten die Nationalsozialisten: Die Abschaffung der Privatschulen, vor allem der kirchlichen. Damit war aber ein wichtiger Pfeiler des Miltenberger Progymnasiums gefährdet, nämlich das Kilianeum. Am 1. April 1939 nahm die Stadt diese Einrichtung, natürlich gegen Recht und Gesetz, der Kirche weg und machte daraus ein auf die nationalsozialistische Lehre ausgerichtetes Schülerheim. Ein ähnliches Schicksal hatte das frühere Mädchen-Lyzeum (Institut), dem bereits 1937 jede Neuaufnahme verboten wurde und das 1941 schließen musste.

In dieser Zeit hatte der zentrale Angriff der Nationalsozialisten auf das Gymnasium begonnen, dessen Ziel es war, diese Schulform soweit wie möglich zurückzudrängen und lediglich in der Gestalt der sogenannten Oberschulen fortzuführen. In Miltenberg begann dies damit, dass 1938 / 39 das Progymnasium in eine fünfklassige Oberschule umgewandelt wurde. Im Jahr darauf wurde die Schule zur Vollanstalt erhoben. Vom 1. 4. 1939 an gab es an unserer Schule eine sechsklassige Aufbauschule mit Berechtigung zum Hochschulstudium. Der Unterricht sollte nach der 6. Klasse Volksschule beginnen und zur Hochschulreife führen. Die nächste Veränderung vollzog sich im Jahre 1941: Nun wurde reichsweit einheitlich eine achtklassige Oberschule eingeführt.....

Mit dem Schuljahr 1941 / 42 gab es unter dem Dach des Miltenberger Gymnasiums vier verschiedene Schulformen: Einmal die beginnende achtklassige Oberschule, dann wurden vier Jahrgänge der alten Aufbauschule weitergeführt und schließlich waren da auch noch die Schülerinnen und Schüler der Gymnasial- und Realklassen, die bis 1937 in die Schule eingetreten waren. Dieses Durcheinander ist aber nur scheinbar zufällig entstanden. In Wirklichkeit diente es dazu, das alte System der höheren Schulen zu zerschlagen.

Ziel war eine nationalsozialistische Einheitserziehung, wie sie vor allem dadurch möglich wurde, dass zu dem Gymnasium selbst das ehemalige Kilianeum als Internat, das "Deutsches Schulheim" genannt wurde, hinzu kam. Der Unterschied zum früheren Kilianeum war vor allem der, dass die Schüler, die dort untergebracht waren, die neue Oberschule bzw. die Aufbauschule besuchten und dass diese aus der engeren Umgebung und nicht wie früher von weit her kamen. Damit versetzte man dem Gymnasium und der humanistischen Bildung den Todesstoß. 74 Kilianisten verließen 1939 die Schule und die Schülerzahl im Gymnasium sank von 101 (1938/39) auf 35 (1939/40).

Die Kilianisten wurden ersetzt durch zunächst 70, später 82 neue Heimbewohner, sogenannte Jungmannen, die meist die neue Aufbauschule besuchten. 60 von ihnen erklärten sich bereit, Volksschullehrer zu werden; für sie übernahm der Staat alle Kosten, so dass die Eltern nur die Kleidung und Nebenausgaben von 10 bis 15 Mark zu bezahlen hatten. Diese Förderung gab es aber nicht umsonst. Der Zugriff des Staates auf die Schüler war durch eine einheitliche Führung von Heim und Schule gesichert. Besuche der Eltern, so die Hausordnung, waren nur sonntags, aber nicht jeden Sonntag erwünscht, und dass alle "Jungmannen" der Hitlerjugend angehörten, war eine Selbstverständlichkeit.

Das Ziel der Erziehung durch das Deutsche Schulheim war folgendes: "Es soll der nationalsozialistische neue Mensch charakterlich, geistig und körperlich, innerlich und äußerlich gebildet werden. Die Einheit von Schule und Heim, der Erzieher und der Jugend ermöglichten es, den ganzen Menschen zu erfassen." Hier ist also unverblümt der Zugriff des totalitären Staates auf die jungen Menschen ausformuliert, die den "neuen" Geist dann auf die ganze Schule übertragen sollten.

Auswirkungen des Krieges

Die gleichzeitige Einrichtung von drei Abteilungen einer 1. Oberschulklasse und von zwei Abteilungen der letztmalig laufenden Anfangsklasse der Aufbauschule (für die Volksschüler der 6. und 7. Klasse, die noch in die Höhere Schule übertreten wollten) ließ die Schülerzahl sprunghaft von 252 am Ende des Schuljahres 1940 / 41 auf 422 zu Beginn des Schuljahres 1941 / 42 ansteigen. Damit war der Zuwachs aber noch nicht beendet. In den folgenden Jahren wuchs die Schülerzahl durch den Zustrom von Gastschülern aus bombengeschädigten Städten (sog. Evakuierte) ständig an. Im Januar 1945 wurde die Rekordzahl von 664, darunter 239 Mädchen, erreicht.

Die Raumnot versuchte die Stadtverwaltung dadurch zu bewältigen, dass sie der 8. Klasse ein Zimmer im 1. Stock des Elektrizitätswerkes zur Verfügung stellte und außerdem das Haus Luitpoldstraße 6 neben dem Schulgebäude für 20 Jahre mietete und Erdgeschoss und Rückgebäude für Schulzwecke umbauen ließ. Dadurch wurden vier Klassenzimmer gewonnen. Die Raumnot wurde aber zu keinem Zeitpunkt beseitigt.

Der Unterricht litt auch unter einem katastrophalen Mangel an Lehrkräften. Von den zu Beginn des Kriegs 21 hauptamtlich tätigen Lehrern wurden die meisten nach und nach zur Wehrmacht eingezogen. An ihrer Stelle amtierten "im bunten Wechsel kürzere oder längere Zeit auch ungeprüfte Damen und Herren" als Aus- hilfslehrkräfte, darunter ein Schriftleiter für Zeichnen, ein Steinmetz für Turnen, ein Kaufmann (der ehemalige Bürgermeister und spätere Oberlandrat Schwe- singer) für Englisch und der Stadtgärtner für Biologie.

Der Krieg, der alles Geschehen so nachhaltig beeinflusste, traf auch den ersten Abiturientenjahrgang 1942 mit voller Wucht und Härte. Lange vor Schuljahres- schluss, meist schon im Herbst 1941, wurden die acht männlichen Schüler zum Arbeits- oder Wehrdienst einberufen, und die vier Schülerinnen wurden ab 29. 1. 1942 als Schulhelferinnen in den besetzten Ostgebieten eingesetzt. So wurde den ersten zwölf Abiturienten (wie den meisten ihrer Kolleginnen und Kollegen der Abiturjahrgänge 1943 und 1944) die Hochschulreife ohne Prüfung zuerkannt. Die 8. Klasse des Schuljahres 1942/43 wurde zuletzt von einem Schüler und zwei Schülerinnen besucht, die sich im März 1943 mit Erfolg der ersten Reifeprüfung an der Schule unterzogen; 1944 waren es neun Prüflinge, acht Mädchen und ein kriegsversehrter Schüler. Von den restlichen 29 Klassenkameraden waren am Tag der Verabschiedung (12. 2. 1944) bereits drei gefallen, nämlich Bruno Doetz, Karl Jahn und Hermann Sator.

Die bitteren Auswirkungen des Krieges bekamen auch alle anderen Schülerinnen und Schüler auf vielfältige Art und Weise zu spüren. Viele mussten wegen ihrer Einberufung zum Arbeitsdienst oder in die Wehrmacht ihre Ausbildung bereits in der 7., oft schon in der 6. und manche sogar in der 5. Klasse (heute = 9. Klasse) abbrechen. Ab 1943 wurden insgesamt 89 Schüler der Klassen 5 - 8 als Luft- waffenhelfer nach Schweinfurt befohlen. Über 30 Schüler der Klassen 5 - 7 leisteten in der Zeit vom 12. 9. bis 21. 11. 1944 Schanzarbeiten am Westwall, und die 21 Schülerinnen der 8. Klasse mussten seit September 1944 in Rüstungs- betrieben arbeiten.

Wegen der zunehmenden Luftangriffe wurde der Unterrichtsbetrieb häufig durch Fliegeralarm gestört. Bei einem Angriff auf Miltenberg am 22. 2. 1945 gab es zwar am Schulgebäude nur Fensterschäden, doch kamen drei Schüler in der Düssel- dorfer Siedlung rechts des Mains zu Tode (Volker Koch 7. Kl., Christa Koch 6. Kl., Heinz Ingenhoven 2. Kl.).

Nachdem das Schülerheim bereits ab 15. 8. 1944 als Reserve-Lazarett gedient hatte, ereilte am 19. 3. 1945 das Schulgebäude das gleiche Schicksal. Versuche, die Schüler in der Luftschutzhauptschule und im Hotel "Mainperle" - wo auch die letzten 46 Heimschüler untergebracht waren - weiter unterrichtlich zu betreuen, mussten am 22. 3. 1945 wegen Annäherung der Front eingestellt werden. Damit

endete die NS-Herrschaft über die Schule wie in vielen anderen Bereichen in Chaos und Auflösung.

Der Wiederbeginn

Lange dauerte es, bis der Schulbetrieb wieder aufgenommen werden konnte. Dies hatte mehrere Gründe: Zum einen fehlten Lehrer; viele waren im Krieg gefallen. Eine große Anzahl war dadurch belastet, dass sie Mitglieder der NSDAP waren. So kam es, dass bei Wiederaufnahme des Unterrichts am 4. 12. 1945 nur fünf Lehrer, darunter als kommissarischer Leiter der bereits 67-jährige Johann Schwegler, von der alten Garde zur Verfügung standen und man wieder Zuflucht zu einer Reihe von Aushilfslehrkräften nehmen musste. Damit wurde die Aufgabe noch schwerer, denn der Unterrichtsbetrieb musste gleich für 500 Schüler begonnen werden. Die Klassenstärken waren damals erheblich größer als heute; 40 und mehr Schüler waren keine Seltenheit.

Der Hauptgrund für die lange Pause lag aber darin, dass sich die Amerikaner nicht im Klaren waren, in welcher Form das Schulwesen wieder errichtet werden sollte. Ihnen kam es zunächst einmal darauf an, den Krieg siegreich zu beenden, um den Nationalsozialismus auszurotten.

Zu diesem Zweck richteten die Amerikaner ein Netz von Militärregierungen ein, das nach dem System von Befehl und Gehorsam von der Zentrale in Frankfurt über München und Würzburg bis Miltenberg militärisch durchorganisiert war. In unserem Kreis gab es zunächst nur eine Militärregierung in Miltenberg. Diese hatte ihren Sitz ab 3. April 1945 in der Oberen Walldürner Str. 17. Sie war zuständig für die Landkreise Miltenberg, Obernburg und Marktheidenfeld und bestand aus vier bzw. fünf Offizieren. Viel wussten die jungen Herren nicht als sie ankamen. Im Handbuch für Offiziere standen über jeden Landkreis in Deutschland nur wenige Zeilen.

Dennoch lag bei den Militärregierungen die ganze Macht, und Deutsche, selbst die in gehobenen Stellungen, hatten kaum Einfluss. So mussten sich die von der Militärregierung eingesetzten Landräte jeden Tag um 10.00 Uhr beim Chef der Militärregierung zum Rapport melden.

Auch die gesamte Bevölkerung wurde in Unmündigkeit gehalten. Es gab ein strenges Ausgehverbot, das zunächst von 19.00 Uhr - 7.00 Uhr morgens dauerte, im Sommer dann von 21.30 Uhr - 5.00 Uhr.

Fast an Schillers "Wilhelm Tell" und die Anordnungen des Landvogts Geßler erinnert die Regelung des Grüßens. So wies die Militärregierung die deutschen Männer an, ihre Kopfbedeckung abzunehmen, wenn sie an einer gehissten Flagge oder an einer entrollten Fahne der Besatzungsmacht vorbeigehen. Ein Gruß zwischen deutschen Zivilpersonen und alliierten Soldaten sollte nicht stattfinden. Es bestand ein striktes Fraternisierungsverbot.

Auf die Schule übertragen bedeutet dies, dass der Gedanke der Umerziehung (Reeducation) die Schulpolitik der Amerikaner besonders prägte. Sie wollten die Deutschen von der Notwendigkeit neuer bildungspolitischer Vorstellungen überzeugen und ihr eigenes Schulsystem auf Deutschland übertragen (Re-orientation). Dies misslang ihnen. Die verantwortlichen deutschen Schulpolitiker

wollten lieber zurück zu den Wertvorstellungen und den Erziehungskonzepten

der Weimarer Republik. Immerhin wurden nach und nach Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr und die staatsbürgerliche Erziehung eingeführt.

Das Schulwesen in Bayern war vor 1933 geprägt von Bekenntnisschulen, Privatschulwesen und humanistischen Gymnasien. 1945, in einer Zeit, wo es an Orientierung fehlte, war es für die Deutschen wohl das Leichteste, an Bekanntem und Bewährtem anzuknüpfen. Da man auch den Vorrang der Politik vor der Pädagogik wieder beseitigen wollte, verdrängte man vieles aus den Jahren zwischen 1933 und 1945, und auch deshalb unterblieb oft zunächst eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, seinen Ursachen und seinen Anhängern. Man erinnerte sich lieber an den "guten Geist" der früheren Zeit, das alte "Ora et labora", und glaubte das "überkommene Erbe ... gewissenhaft verwaltet und immer neu erworben zu haben." Man fühlte sich in einer Kontinuität mit der deutschen Geistesgeschichte und wollte den von den Nazis verursachten Bruch nicht wahrhaben. Johann Schwegler meinte noch 1950, dass der gute Geist, der die höhere Schule Miltenbergs während des vergangenen Jahrhunderts erfüllte, "sie auch in den letzten fünf Dezennien nicht verlassen" hat. Vor so viel Beharrungsvermögen resignierten schließlich die Amerikaner und gaben grünes Licht für die Wiedereröffnung der Schulen.

Da Weimar Vorbild war, begann man in Miltenberg am 1. 10. bzw. 15. 10. 1945 mit der Einrichtung von Bekenntnisschulen. Und auch die Gymnasien konnten noch im Jahre 1945 den Betrieb aufnehmen. Nachdem die Militärregierung die allgemeine Erlaubnis zur Aufnahme des Unterrichts gegeben hatte, erwirkte am 18. 10. 1945 der kommissarische Leiter des "Deutschen Schulheims", Johann Schwegler, bei der örtlichen Militärregierung eine mündliche Genehmigung für die Wiedereröffnung der Schule, die seit dem Tag darauf die Bezeichnung "Oberschule für Jungen" führte.

Am 4. 12. 1945 war es dann soweit: Mit einem feierlichen Gottesdienst und einer schlichten Feier im Rathaussaal wurde die Oberschule eröffnet. Da mittlerweile die Verhandlungen zwischen dem Bischöflichen Stuhl und dem bayerischen Staat abgeschlossen waren, konnte das Kilianeum wieder eröffnet werden, und das Staatsministerium genehmigte zum 18. 12. 1945 die Einrichtung von Gymnasialklassen. Bis Ende April 1946 konnten die vier unteren Klassen aufgebaut werden. Viele Zöglinge dieser Klassen aus Münnerstadt kehrten nach Miltenberg zurück und bildeten so den Grundstock für das Gymnasium. Allerdings konnte in Biologie, Zeichnen, Turnen und zum Teil in Musik kein Unterricht erteilt werden. Der Unterricht in Geschichte war zunächst noch untersagt. Auch fehlten in vielen Fächern zugelassene Lehrbücher. Die Klassen 1 - 4 mussten die Bücher der Volksschulen verwenden, in den Klassen 5 - 8 durften "vorläufig keine Bücher benutzt werden". Deshalb mussten die Schüler viel mitschreiben, ein Grund, warum der erste Schulleiter, Karl Pfändtner, den Unterricht in Kurzschrift sehr forcierte.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, dass der Wissensstand der meisten Schüler zumindest in manchen Fächern erhebliche Lücken hatte. Darum beschloss das Staatsministerium am 28. 3. 1946 allen Schülern anzuraten, im Schuljahr 1946 / 47 in der Klasse zu bleiben, in der sie sich gegenwärtig befanden.

den, auf deutsch gesagt: Alle sollten geschlossen sitzen bleiben. Dieser pädago-

gische Ratschlag war vernünftig, und so kam es auch, dass sich fast alle Schüler entschlossen, diesem Ratschlag zu folgen. Einige wenige nutzten die Chance, das Wiederholungsjahr zu überspringen und sie qualifizierten sich dazu, indem sie Ende August eine Aufnahmeprüfung ablegten. Die Schüler der Oberklasse wiederholten mit einer Ausnahme die Klasse, so dass sich 1946 nur eine Schülerin der Reifeprüfung unterzog und sie bestand: Anna Korsanke, Flüchtling aus Schlesien.

Die fast geschlossene Wiederholung des Schuljahres 1945 / 46 hatte eine Erhöhung der Schülerzahl auf 611 Schüler, davon 121 Mädchen, zur Folge, die in 19 Klassen untergebracht werden mussten. Deren Unterrichtung war nur möglich, indem man mit drei bis vier Klassen in das Kilianeum auswich und das Institut der armen Schulschwestern zwei Schulzimmer zur Verfügung stellte. Die Notzeit war damit aber keineswegs zu Ende. Wegen Mangel an Heizmaterial wurden die Weihnachtsferien bis zum 3. 2. 1947 verlängert. Danach gab es bis zum 12. 3. Notunterricht an drei Wochentagen. Nur der Unterricht der Oberklasse war ohne Unterbrechung weitergeführt worden. Aus gutem Grund: Im Schuljahr 1946 / 47 gab es zwei Reifeprüfungen: Die erste bestanden 17 Schülerinnen und Schüler, die das Wiederholungsjahr mitgemacht hatten, der zweiten am Ende des Schuljahres unterzogen sich erfolgreich alle weiteren 29 Schüler der 8. Klasse.

Zu einem gewissen Abschluss kam der Neubeginn des Gymnasiums am 22. Oktober 1946. Die Schule erhielt den Namen "Gymnasium mit Oberrealschule, Oberschule im Abbau", was gleichzeitig ihren Auftrag verdeutlichte. Seit 8. 1. 1947 stand ihr nach eineinhalbjährigem Interregnum wieder ein hauptamtlicher Leiter vor, nämlich OStD Karl Pfändtner, unter dessen Führung allmählich auch im Inneren wieder eine gewisse Ordnung einkehrte. In den Schuljahren 1947 / 48 und 1948 / 49 konnte endlich wieder Unterricht ohne Unterbrechung durchgeführt werden, sieht man von der vorzeitigen Beendigung des Unterrichts in den Gymnasialklassen wegen Scharlachgefahr (24. 6. 1948) und der Schließung der Schule vom 13. 9. - 17. 10. 1948 wegen des Auftretens der spinalen Kinderlähmung ab, der ein Schüler aus Bürgstadt zum Opfer fiel. Um die Versäumnisse gering zu halten, wurden den Schülern wöchentlich mündliche und schriftliche Aufgaben zugestellt.

Die Überwindung der Raumnot

Die Geschichte der Schule seit der Währungsreform musste mit "Kampf um Überwindung der Raumnot und Verbesserung der Unterrichtssituation" überschrieben werden. 1948 hatte die Schule 642 Schüler, darunter 118 Mädchen, von denen 102 die Oberrealschule besuchten. Aber nicht nur die vergrößerte Zahl der Mädchen füllte die Klassenzimmer, auch das Kilianeum war mit 128 Kilianisten eher überbelegt. Immer mehr Flüchtlinge und Vertriebene waren im Landkreis Miltenberg sesshaft geworden und schickten ihre Kinder ans Gymnasium. Dies wurde durch den stetigen Abbau des Schulgeldes und eine Reihe von Befreiungsmöglichkeiten erleichtert. Schließlich führte der Abbau der Oberstufe

in Amorbach dazu, dass die Oberstufenschüler von dort meist das Gymnasium in Miltenberg besuchten, um das Abitur zu machen. Erst im Jahr 1969 fand in Amorbach wieder eine Abiturprüfung statt.

Es ist eigentlich einleuchtend, dass alle 642 Schüler nicht in dem Gebäude, das 1911 für 85 Schüler errichtet worden ist, untergebracht werden konnten. Das Schulgebäude enthielt nur 15 Räume einschließlich Physiksaal, Zeichensaal und Musiksaal. Wenn nicht das Kilianeum drei Lehrsäle und das Institut der Armen Schulschwestern zwei Räume zur Verfügung gestellt hätten, wäre ein geordneter Unterrichtsbetrieb sicher nicht möglich gewesen. Um dem Schichtunterricht zu entgehen, führte man 45-Minuten-Stunden ein. Sechs Klassen der Unterstufe hatten nur an fünf Werktagen Unterricht, es gab 2 Wanderklassen, der Zeichen- und der Musiksaal wurden als Klassenzimmer verwendet. Im folgenden Schuljahr 1949 / 50 konnte aber der Schichtunterricht nicht mehr vermieden werden. Er wurde für zwei Klassen, die Klasse 4 ab und die Klasse 5 ab, eingerichtet.

Natürlich ist der Stadt Miltenberg die Raumnot nicht verborgen geblieben. Schon 1947 / 48 ergab es Erweiterungspläne und zwar sollte eine Schulbaracke erstellt werden. Diese Überlegungen wurden jedoch durch die Währungsreform hinfällig. Obwohl der Neubau eines Gymnasiumsgebäudes neben dem Brückenneubau für die Stadt Miltenberg das dringlichste Projekt war, kam es erst im Januar 1951 zur Vergabe der Arbeiten; am 18. 07. 1951 wurde das Richtfest gehalten, am 01. 03. 1952 war der Bau vollendet. Am gleichen Tage war auch die Innenausstattung bis auf den Physik-, den Chemieraum und die dazugehörigen Vorbereitungs- zimmer angeschafft. Insgesamt gab die Stadt an Baukosten 200.000,-- DM, für die Inneneinrichtung 19.000,-- DM aus. Mit der Übernahme von sechs Klassenräumen für die Oberstufe konnte am 03. 03. 1952 der Schichtunterricht aufgehoben und jeder Klasse ein eigener Raum zugewiesen werden. Allerdings mussten die Kurzstunden zu 45 Minuten noch beibehalten und für 4 Unterklassen der Unter- richt auf fünf Vormittage zusammengedrängt werden.

So bestand trotz des Erweiterungsbaus, der am Samstag, dem 1. März 1952, vom Würzburger Bischof Dr. Julius Döpfner eingeweiht worden war, die Raumnot fort. Obwohl Klassen provisorisch in einem Zimmer des Fertighauses und in der Kegelbahn untergebracht wurden, gab es schon im Schuljahr 1953 / 54 wieder eine Wanderklasse. In den folgenden Jahren mussten die Gymnasiasten vor allem in die Kreisberufsschule ausweichen. Seit 1956 wurden dort bis zu sieben Schulräume zur Verfügung gestellt. Im Schuljahr 1963 / 64 schildert der Jahres- bericht noch einmal drastisch die Verhältnisse, unter denen unterrichtet werden musste: acht Klassen im Altbau, fünf Klassen im Neubau, eine Klasse im Haus Fertig und zwei Klassen im Hinterhaus des Hauses Fertig. Sieben weitere Klassen konnten "Dank des Entgegenkommens des Landkreises" in der Kreisberufs- schule untergebracht werden. "Unsere geradezu unerträgliche Notlage kann nur der verstehen, der auch nur einen einzigen Vormittag dem Unterricht in dem zur Luitpoldstraße hin gelegenen "Klasszimmer" im Hause Fertig beigewohnt hat, auch nur einen einzigen kalten Wintervormittag in einem "Klasszimmer" des "Hinterhauses", nur einen einzigen heißen Junivormittag im Zeichensaal (Dach- geschoss des Neubaus - Südseite) gesessen und auch nur einmal den Unterricht in den vier Dachgeschoss-Eckzimmern, die ursprünglich als Neben- oder Abstell-

räume gedacht und von einer Regierungskommission bereits vor Jahren als Klassenzimmer verworfen worden waren, besucht hat".

Obwohl die Notlage offensichtlich war und der Druck der Elternschaft immer stärker wurde, kam es dennoch bis in die 60-er Jahre hinein zu keiner Lösung. Der Hauptgrund liegt in der Tatsache, dass die Finanzlage der Stadt schwach war. Die Anpassung der Versorgungseinrichtungen und vor allem des Volksschulwesens an die "unnatürlich" angestiegene Einwohnerzahl hatte die Finanzkraft der Stadt erschöpft. Die Pro-Kopf-Verschuldung war 1958 auf 234,-- DM gestiegen (Landesdurchschnitt 98,-- DM). Ohne Beihilfe des Staates oder des Kreises war die Stadt Miltenberg nicht in der Lage, ein großes Bauprojekt zu finanzieren.

Immerhin gab es einige Pläne; so sah ein Modell die Erweiterung zwischen Schererstraße und verlängerter Gartenstraße vor. Da die Schule insgesamt zwölf Klassenräume benötigte, wurde das Projekt immer aufwendiger und teurer. In diesem Zusammenhang kam auch das Thema "Trennung der beiden Schularten", nämlich des Gymnasiums und der Oberrealschule, ins Gespräch und in diesem Zusammenhang der Plan, für die Oberrealschule einen Neubau auf städtisches Gelände am Burgweg zu stellen, und zwar im Park des ehemaligen Mütterheims am Grauberg. Da der Bau einer Schule in Hanglage sehr umstritten war, entschlossen sich die Stadträte zu einer Fahrt nach Stuttgart, die sie aufgrund der Finanzlage der Stadt auf eigene Kosten durchführten. Diese Lösung kam jedoch nicht zum Tragen, weil Regierung und Staatsministerium das Baugelände im Januar 1961 für ungeeignet erklärten. In der Folge wurde nun nach einem anderen Grundstück Ausschau gehalten. Lösungen, die ein Gelände in der Bürgstädter Straße oder die an die Kreisberufsschule anschließende Bürgstädter Gemarkung ins Auge fassten, erwiesen sich aber als nicht realisierbar, weil die St. Martins-Kapellenstiftung bzw. die Gemeinde Bürgstadt, die Eigentümer dieser Grundstücke waren, eine Veräußerung ablehnten.

Bei erneuten Verhandlungen mit der Regierung von Unterfranken und dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus kam man zu dem Ergebnis, dass die Stadt ein Gelände in Miltenberg-Nord für die Gesamtschulanlage bereitstellen sollte. Sowohl die Stadt als auch das Staatsministerium befürchteten allerdings, dass durch die weite Trennung von Alt- und Neubau die reibungslose Abwicklung des Schulbetriebes gestört werden könne. Eine Lösung war nur in Sicht, wenn die ganze Schulanlage in einem Zug gebaut werden könnte. Dies aber ging über die Kraft der Stadt.

Deshalb kam es zu Verhandlungen zwischen der Stadt Miltenberg, vertreten durch den 1. Bürgermeister Blatz, und dem Landrat des Landkreises Miltenberg Dr. Beck. Der Plan, sofort eine höhere Schule als Gesamtanlage zu erstellen und diese unter allen Umständen in Miltenberg zu belassen, wurde von der Mehrheit des Stadtrates als mit den Interessen der Stadt vereinbar aufgenommen. Am 25. 03. 1963 beschloss der Stadtrat, die Schulgebäude an der Luitpoldstraße und der Gartenstraße, das Gelände für den geplanten Neubau in Miltenberg-Nord (sieben Grundstücke mit insgesamt 1,61 ha) und den übrigen Sachaufwand dem Landkreis zu übertragen.

Das bischöfliche Ordinariat war mit dieser neuen Sachlage nicht einverstanden, und so war das Weiterbestehen des Kilianeums in Frage gestellt, wenn das Gymnasium nach „Nord“ kommen sollte. Während sich beispielsweise Landrat Dr. Beck im Interesse des Kilianeums erneut für eine Trennung der beiden Schulgattungen aussprach, lehnten die Vertreter der höheren Schulen geschlossen diese Lösung ab. Der Elternbeirat sprach sich dafür aus, eine Gesamtanlage für beide Schulgattungen und einen Neubau für das Kilianeum in Miltenberg-Nord zu errichten. Vertreter der Eltern trugen diesen Vorschlag auch dem Bischof von Würzburg vor. Nach eingehenden Beratungen erteilte dieser den Auftrag, wegen eines Neubaus für das Kilianeum in Miltenberg-Nord mit der Stadt und dem Landratsamt Miltenberg Verhandlungen aufzunehmen; man wollte nicht schuld sein, dass auch nur ein einziges humanistisches Gymnasium eingeht.

In der Zwischenzeit regten sich jedoch Widerstände gegen die Abgabe der Schule an den Kreis. Die Angelegenheit wurde auch dadurch kompliziert, dass es gleichzeitig darum ging, ob die Stadt den Sachaufwand für das Krankenhaus weiterhin leisten könne. Gegner der Übertragung an den Kreis sprachen von einem "Totalausverkauf der Stadt". Am 2. 10. 1963 befasste sich der Stadtrat noch einmal mit der Frage der Trägerschaft. Es gab eine sehr intensive Diskussion, an deren Ende der Beschluss vom 25. März bestätigt wurde. Am 31. 12. 1963 überreichte der Schulleiter, vom bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus beauftragt und bevollmächtigt, im Namen des Freistaates Bayern die staatseigene Einrichtung der Schule dem Landkreis als dem zukünftigen Träger des Sachaufwandes.

Es folgten nun viele intensive Verhandlungen. Ende Juni 1964 stand der Raumbedarf fest: 25 Klassenzimmer mit den erforderlichen Verwaltungs-, Fach- und Nebenräumen sowie zwei Turnhallen und ein Sportgelände. Im Juli 1964 wurde ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben. Bis zum 17. 11. 1964 gingen 40 Entwürfe ein. Am 18. 12. 1964 entschied das Preisgericht unter Leitung des Fachpreisrichters Professor Angerer aus München. Den 1. Preis erhielt der Entwurf des Architektenbüros Jörg Gründel aus Würzburg. Dieses Büro erhielt auch die Bauoberleitung und die örtliche Bauleitung. Am 2. 04. 1965 war die Planung fertiggestellt, und der Kostenvoranschlag belief sich auf 7,83 Millionen Mark. Nach Einholung der Genehmigungen konnten im Oktober 1965 die Erdarbeiten ausgeschrieben werden. Am 15. 11. 1965 wurde mit dem Erdaushub begonnen.

Ziemlich genau drei Jahre später erfolgte im Beisein von Bischof Dr. Stangl und Oberkirchenrat Rieger die Weihe der neuen Schule: Auf dem Gelände von 18.000 qm war ein Baukörper erstellt worden, dessen umbauter Raum 31 Klassenzimmer, 25 Sonderräume, sieben Verwaltungsräume, ein Hausmeisterwohnhaus und zwei Turnhallen enthält. Zu dieser Zeit war der Umzug der Schule längst vollzogen. Er erfolgte am 26., 27. und 28. Februar 1968 unter tatkräftiger Hilfe der Lehrer und Schüler. Am 29. 02. 1968 vermerkte der Schulleiter Dr. Latsch: "Beginn im neuen Haus".

Zum Zeitpunkt der Einweihung des Neubaus hatte die Schule 707 Schüler; die Schülerzahlen stiegen weiter an. Sie erreichten 1977 mit 913 Schüler einen Höchststand. Diese Tatsache sowie die Vereinbarung der Kultusministerkonfe-

renz zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe, die die Einführung des

Kollegstufenmodells zur Folge hatte, lösten einen zusätzlichen Raumbedarf an den Gymnasien aus. Der Kreistag fasste daraufhin am 5. Juli 1977 den Beschluss zur Erweiterung der Schulanlagen in Miltenberg und Erlenbach. Für Miltenberg waren ein Lehr- und Übungssaal für Physik, ein Übungssaal für Chemie, ein Übungssaal für Biologie, ein Werkraum für die Kunsterziehung und ein Konditionsraum für Sport vorgesehen. Zu diesen Fachräumen sollte noch ein Bibliotheksraum kommen, ein Zimmer für die SMV und ein Aufenthaltsraum für Fahrschüler. Nach Abschluss eines Architektenwettbewerbs und nach erfolgter Genehmigung durch die Regierung ging die Kreisverwaltung zügig an die Verwirklichung der Pläne. Der Rohbau war am Ende des Schuljahres 1979 / 80 erstellt, der Innenausbau ein Jahr später. Am 23. 09. 1981 wurden die neu fertiggestellten Räume in Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eingeweiht.

Mit dem Neubau des Gymnasiums in Miltenberg-Nord hat der Landkreis Miltenberg Räumlichkeiten geschaffen, die auch heute noch ihren Zweck recht gut erfüllen und in denen die im Schuljahr 2001 / 2002 erwarteten rund 740 Schüler gut untergebracht und unterrichtet werden können. Größere Veränderungen mussten seither nicht vorgenommen werden. Lediglich die Einrichtung eines modernen Computerraums mit einem Lehrer- und 16 Schülerplätzen in einem vorher als Lager benutzten Bereich des Kellers verdient hier eine Erwähnung. Es bleibt zu hoffen, dass die Schule künftig von Raumnot verschont bleibt und sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren kann.

Noch eine Neuerung verdankt die Schule dem Sachaufwandsträger. Die zuständigen Kreisgremien beschlossen ihr einen Namen zu geben. So wurde mit der "Bekanntmachung über die Namensverleihung an Staatlichen Gymnasien" vom 4. 03. 1966 das Miltenberger Gymnasium in Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg umbenannt. Dies war eine gute Wahl, denn Johannes Butzbach bietet Schülern wie Lehrern und der Stadt viele Identifizierungsmöglichkeiten.

Reformen am Gymnasium

Vieles, was in der Öffentlichkeit als Reform verstanden wird, waren in Wirklichkeit eher äußerliche administrative Anordnungen. So blieb beispielsweise Bayern im Gegensatz zu den anderen Bundesländern bei dem im Jahre 1941 eingeführten Schuljahresbeginn im Herbst (anstatt zu Ostern wie vor der NS-Zeit). Die Wiedereinführung einer 9. Klasse am Gymnasium - was dazu führte, dass es 1955 kein Abitur gab - sowie die Einführung des 6-Noten-Systems spiegeln ebenfalls keine tiefgehende Reform wieder. Gleiches gilt auch für die Umbenennung der Klassen "1 bis 9" in "5 bis 13" Mitte der 60-er Jahre.

Anfang der 50-er Jahre waren Befürchtungen durchaus berechtigt, dass es in Anbetracht der unterschiedlichen Entwicklungen bei der Neuorganisation der höheren Schulen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland zu einem zu weiten Auseinanderdriften kommen könnte. So appellierten bereits 1951 Vertreter der höheren Schulen und der Hochschulen von Tübingen aus an die Länder, "der

Durchdringung des Wesentlichen der Unterrichtgegenstände den unbedingten Vorrang vor jeder Ausweitung des stofflichen Bereichs zu geben, die Zahl der Prüfungsfächer im Abitur einzuschränken und die Prüfungsmethoden mehr auf das Verständnis als auf die Gedächtnisleistung abzustellen" (Tübinger Beschlüsse). Schon hier wird deutlich, dass die Reformdiskussion über das Gymnasium vor allem über die Umgestaltung der Oberstufe in die Praxis umgesetzt werden sollte.

In den Jahren 1958 / 1960 diskutierten in Tutzing die Beauftragten der Kultusministerkonferenz und der westdeutschen Rektorenkonferenz unter Leitung des Pädagogen Professor Dr. Wilhelm Flitner von der Universität Hamburg über die Anforderungen an die Studierfähigkeit der Abiturienten. Im "Tutzinger Maturitätskatalog" 1958 wurde das inhaltliche Minimum wie folgt aufgelistet: Einwandfreies Deutsch, Verständnis der Meisterwerke deutscher Literatur, zwei Fremdsprachen, von denen eine Latein oder Französisch sein soll, Kenntnis der Elementarmathematik und der Physik, ihrer Methoden und Anwendungsformen, Zugang zur biologischen Betrachtung der Natur, Geschichtskennntnis seit der Aufklärung, Verständnis für Fragen der Philosophie, Orientierung über das Christentum und ethische Grundfragen.

Eine weitere Fortentwicklung war ein auf das gesamte Bundesgebiet bezogener Reformentwurf, den am 29. September 1960 die Kultusministerkonferenz unter ihrem damaligen Vorsitzenden, dem bayerischen Kultusminister Professor Maunz, in Saarbrücken verabschiedete (Saarbrücker Rahmenvereinbarungen). Diese sahen eine Verminderung der Zahl der Pflichtfächer und die Konzentration der Bildungsstoffe vor, um eine Vertiefung des Unterrichts zu ermöglichen und die Erziehung des Schülers zu geistiger Selbstständigkeit und Verantwortung zu fördern. Damit "werden die Grundlagen zu einer besonderen Arbeitsweise geschaffen, die sich von den Unterrichtsmethoden der Unter- und Mittelstufe der Gymnasien unterscheidet und der Oberstufe eine eigene Prägung gibt". Im Zusammenhang mit diesen Vereinbarungen verpflichtete sich auch Bayern die Zählung der Schuljahre von 1 bis 13 und die einheitliche Bezeichnung "Gymnasium" für alle Typen der höheren Schule einzuführen. Auch wurden Festlegungen über die Gegenstände der Reifeprüfung getroffen.

Neben den Reformbestrebungen der Kultusminister gab es eine zweite kräftige gesellschaftlich bildungspolitische Kraft, die besonders von Georg Picht, der 1964 mit seinen Aufsätzen von der deutschen Bildungskatastrophe großes Aufsehen erregte, und Ralf Dahrendorf repräsentiert wurde. Während es Picht besonders darauf ankam, den Bildungsnotstand zu beseitigen, Bildungsbarrieren abzubauen und die Begabungsreserven zu heben, wollte Dahrendorf eher Bildung als Bürgerrecht verstanden wissen. Öffentlichkeit und Experten waren sich bald einig, dass die Zahl der Abiturienten in Deutschland beträchtlich gesteigert werden müsse, um den Bedarf an Akademikern schon in den 70-er Jahren decken zu können.

Bei der Umsetzung all dieser Beschlüsse war Bayern Vorreiter. Schon bei der Einführung der 9. Klasse im Jahre 1951 erklärte der Kultusminister Dr. Joseph Schwalber öffentlich, dass er nicht die Absicht habe "die 9. Klasse eben als weiteres Schuljahr mit der selben Unterrichtsstruktur den übrigen acht Klassen

anzuhängen". 1959 wurde mit der Bekanntmachung über die Neugestaltung der Oberstufe eine Schulreform eingeläutet, die aus heutiger Sicht zum Teil auf dem Weg zur derzeitigen Kollegstufe liegt: Schwerpunktfächer, Fächerabwahl und Vorabitur wurden eingeführt. Hinzu kamen pädagogische Zielsetzungen, wie die Vertiefung des Unterrichts und Selbsttätigkeit der Schüler. An sogenannten Studientagen sollte eine Zusammenschau zusammenhängender Themen horizontal durch alle Schulfächer vorgenommen werden, um so hinter der Vielfalt der Fächer die Einheit des Bildungsguts sichtbar werden zu lassen.

In den 60-er Jahren wurde die Reformdiskussion auf offizieller Ebene und in einer Reihe von Veröffentlichungen und Einzeluntersuchungen immer wieder neu belebt. Besonders fruchtbar waren die Erfahrungen einiger Versuchsschulen, darunter das Schönborn-Gymnasium Münnerstadt. Es löste eine Überraschung in der ganzen Bundesrepublik aus, als Bayern mit der "Bekanntmachung über die Durchführung eines Versuchs für die Gestaltung der Oberstufe der Gymnasien als Kollegstufe" mit einer detaillierten Ausarbeitung eines Oberstufenplans an die Öffentlichkeit trat und ab September 1970 insgesamt 13 bayerische Gymnasien nach diesem Modell ihren Unterricht in der 12. Klasse aufnahmen. Ihnen standen auch schon erste Entwürfe curricularer Lehrpläne zur Verfügung, die in jedem Fach zwischen dem Anspruchsniveau der Leistungs- und Grundkurse unterschieden.

Immer mehr Schulen in Bayern beteiligten sich an den Versuchen zur Einführung der Kollegstufe, besonders nachdem am 7. Juli 1972 die Kultusministerkonferenz die "Vereinbarung zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II" verabschiedet hatte. Dieser Rahmenplan fußte in allen entscheidenden Punkten auf dem bayerischen Kollegstufenmodell. Mit seiner Veröffentlichung im Amtsblatt Nr. 4 vom 25. Februar 1974 trat die Versuchsphase in ihr letztes Stadium. Ab Herbst 1974 wurden im Rahmen der regionalen Lehrerfortbildung die Schulen mit herkömmlicher Oberstufe in Organisation und Fachmethodik der Kollegstufe eingeführt. Ab dem Schuljahr 1976 / 77 sollte die Kollegstufe in allen bayerischen Schulen mit der 11. Klasse anlaufen, im Schuljahr 1977 / 78 in die Kursphase eintreten und 1979 mit dem Abitur abschließen.

Elternschaft, Schüler und Lehrerkollegium des Johannes-Butzbach-Gymnasiums wollten aber nicht so lange warten. So stimmten sie dafür, bereits mit dem Schuljahr 1975 / 76 in die Kollegstufe einzutreten. Das bedeutete, dass man noch in der sogenannten Versuchsphase in die Reform eingestiegen ist. 1976 begann die Kursphase und die 43 Abiturienten des Jahres 1978 waren die ersten nach dem neuen Modell. Sie hatten katholische Religionslehre, Geschichte / Sozialkunde, Französisch, Latein, Mathematik, Biologie und Physik als Leistungskurse gewählt.

Mit der vorzeitigen Einführung der Kollegstufe bewies das Johannes-Butzbach-Gymnasiums seine Innovationskraft.

Hier ist nicht der Ort das Kollegstufenmodell ausführlich zu erläutern. Eine kurze Skizze der äußeren Veränderung sei aber dennoch versucht: Nach dem Kollegstufenmodell lösen sich die Klassenverbände in der 12. und 13. Jahrgangsstufe auf. Die Schüler lernen in wechselnden Kursen. Alle Ausbildungs-

richtungen der Gymnasien enden mit der 11. Jahrgangsstufe. Die traditionellen Fächer werden zu Aufgabenfeldern zusammengefasst und zwar dem sprachlich-literarisch-künstlerischen, dem gesellschaftswissenschaftlichen und dem mathematisch-naturwissenschaftlichen. Aus diesen Aufgabenfeldern können die Schüler Schwerpunkte in Form von Leistungskursen und Grundkursen auswählen. Die in den vier Kurshalbjahren der Jahrgangsstufen 12 und 13 erbrachten Leistungen gehen zusammen mit der Abschlussprüfung im Abitur in eine Gesamtqualifikation ein. Die Wertung der Leistungen erfolgt nicht mehr nach den Notenstufen 1 bis 6, sondern nach einem 15-Punkte-Schema.

Inzwischen hat es einige Veränderungen gegeben, z. B. eine gewisse Einschränkung der Wahlfreiheit, die Verpflichtung neben Deutsch, Mathematik, Religion und Sport auch weitere Fächer (Geschichte, eine Fremdsprache, ein naturwissenschaftliches Fach) über alle vier Kurshalbjahre zu belegen, die Verlängerung des Grundkurses Deutsch auf 4 Wochenstunden und die Verkürzung aller Leistungskurse auf fünf Wochenstunden. Weitere Reformen stehen an. Dabei ist besonders an die Einführung eines 5. Abiturfachs und die Verpflichtung, die Prüfung in Deutsch, Mathematik und einer Fremdsprache abzulegen, zu nennen. Auch über die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Die Ziele der Anfangsphase der Kollegstufe werden am besten durch die Begriffe "Wissenschaftspropädeutik" und "Individualisierung" charakterisiert. Kernpunkt der inhaltlichen Bildungsreform waren zweifelsohne die curricularen Lehrpläne. Gerade in Fächern, die über ihre Wählbarkeit als Leistungskursfächer einen neuen Stellenwert erhielten, wurden zum Teil ganz neue Lernziele und -inhalte ausgearbeitet, das gilt z. B. für Geschichte, Sozialkunde, Erdkunde, Religion, Wirtschafts- und Rechtslehre, Kunst und Sport. Aber auch die Lerninhalte der traditionellen Kernfächer blieben nicht unberührt.

Als Folge der Einführung der Kollegstufe kam es zu weiteren Veränderungen. Die Lehrer wurden durch Fortbildungsveranstaltungen auf den Unterricht mit neuen Formen und Inhalten der curricularen Lehrpläne umgeschult. Die neuen Lerninhalte verlangten eine Erweiterung der Schulbibliothek und den Ausbau der Fachräume. Außerdem musste eine Beratungs- und Betreuungsstelle für die Kollegiatinnen und Kollegiaten eingerichtet werden, die Kollegstufenbetreuer.

Die Neugestaltung der Oberstufe zog eine weitere Bildungsreform nach sich, nämlich die Umgestaltung der Lerninhalte in der Mittel- und Unterstufe der Gymnasien. Auch hier wurden in dem Jahrzehnt von etwa 1976 bis 1986 curriculare Lehrpläne für alle Unterrichtsfächer und Jahrgangsstufen nach und nach eingeführt.

Diese sind inzwischen revidiert worden. Nicht mehr die Wissenschaftspropädeutik und die Individualisierung sind Leitziele der gültigen Lehrpläne, sondern "der erzieherische Auftrag des Gymnasiums" und eine "fächerübergreifende Abstimmung der Ziele und Inhalte des Gymnasiums". Aber auch diese 1990 - 1992 an den bayerischen Gymnasien eingeführten Lehrpläne werden zur Zeit überarbeitet und sollen ab 2003 durch neue ersetzt werden.

Für die Entwicklung der einzelnen Schulen war es von Bedeutung, welche Ausbildungsrichtungen an ihnen angesiedelt waren. Das Gymnasium Miltenberg, das sich traditionell als Doppeltanstalt verstand (Gymnasium mit Oberrealschule) war fortan ein humanistisches, neusprachliches und mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium. Der Doppelcharakter war insofern erhalten geblieben, als die Schülerinnen und Schüler auf dem mathematischen Zweig mit Englisch, die Schüler im humanistischen und neusprachlichen Zweig mit Latein begannen.

Die Reformen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und ein verstärktes Nützlichkeitsdenken der Menschen brachten es mit sich, dass das humanistische Gymnasium immer mehr auf die Verliererstraße geriet. In Miltenberg wurde die "Nachfrage" immer geringer; aus den benachbarten Bereichen Amorbach bzw. Erlenbach / Elsenfeld nahm schließlich überhaupt niemand mehr das Angebot an. Die Schließung des Kilianeums am 30. 06. 1983 entzog dem humanistischen Gymnasium endgültig den Boden. Zehn Jahre später endete mit dem Schuljahr 1992 / 93 der Griechischunterricht in einer 11. Klasse. Damit war das humanistische Gymnasium "gestorben" und die Schule bestand nur noch aus zwei Zweigen, von denen besonders der neusprachliche Zweig bald in eine Existenzkrise geriet. Immer weniger Eltern waren bereit, ihre Kinder mit Latein beginnen zu lassen. Diese Entwicklung hatte vor allem zwei Gründe. Zum einen mussten sich diese Kinder bereits beim Eintritt ins Gymnasium für einen Zweig entscheiden, während alle anderen Schüler bis nach der 6. bzw. nach der 8. Klasse warten konnten, und zweitens sahen viele nicht ein, dass man in der 5. Klasse Latein lernen sollte, wo man doch schon in der Grundschule mit Englisch begonnen hatte.

Als im Schuljahr 1997 / 1998 die erforderliche Schülerzahl von 14 für Latein in der 5. Klasse nicht zustande kam und das Kultusministerium eine Sondergenehmigung ablehnte, unterstützten alle am Schulleben Beteiligten, Eltern, Lehrer und Schüler, und der Sachaufwandsträger einen Antrag, der zum Schuljahr 1998 / 99 genehmigt wurde: Fortan begann auch das neusprachliche Gymnasium mit Englisch. Dadurch wurden die beiden an der Schule verbliebenen Ausbildungsrichtungen miteinander kompatibel und den Schülerinnen und Schülern bleibt der Zwang zu einer frühen Entscheidung erspart. Auch das Fach Latein profitierte von dieser Reform. Die Zahl der Lateinschüler in der 7. Klasse verdoppelte sich in den letzten Jahren und überflügelte damit die "Franzosen".

Ein weiterer Vorteil der Veränderung kristallisiert sich zur Zeit heraus: Bei der Beibehaltung der alten Struktur wäre die Schule wegen des Zwangs, viele kleine Gruppen bilden zu müssen, im Zeitalter der Budgetierung (d.h. Zuteilung von Lehrerstunden nach der Schülerzahl ohne Rücksicht auf Klassen und Unterrichtsgruppen) in Existenznot geraten.

Die Aufgabe bleibt

Seit Einführung der Kollegstufe hat das Gymnasium relativ ruhige Zeiten durchgemacht. Es ist von großen Reformvorhaben verschont geblieben. Diese Beständigkeit hat dem Gymnasium gut getan; seine Akzeptanz bei der Bevölkerung ist insgesamt sehr groß. Dennoch werden einige Probleme diskutiert.

Wichtigstes Thema war seit den 80-er Jahren die Frage, ob die Gymnasialzeit auf acht Jahre verkürzt werden könnte. Diese Diskussion wurde durch die deutsche Einheit und wegen der Verhältnisse in den neuen Bundesländern wieder neu entfacht und hat zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch die zunehmend positive Bewertung der Ganztagschule eine neue Dimension erhalten. Auch scheint es so, als ob nach Einführung der sechsstufigen Realschule und nach Durchführung der Hauptschulreform stärkere Eingriffe in die Struktur des Gymnasiums kein Tabu mehr wären.

Sicher ist, dass unter den Stichworten "Schulinnovation" und "Schulentwicklung" ein Veränderungsprozess in Gang gesetzt worden ist, dem sich jede Schule stellen muss. Das Johannes-Butzbach-Gymnasium hat auf diese Herausforderung mit der Einrichtung von drei Arbeitskreisen reagiert, die sich mit "Werteerziehung", "neuen Unterrichtsformen" und "schwierigen pädagogischen Problemen" befassen. Der Verlauf der Diskussionen in den Arbeitskreisen, aber auch in der gesamten Lehrerkonferenz hat gezeigt, dass sich die Lehrenden an unserer Schule einem Ideal verpflichtet fühlen, das man vielleicht mit dem Ausdruck "humane Leistungsschule" umschreiben könnte. Außerdem wurde das Instrument "Klassenlehrerkonferenz" ausführlich diskutiert und auch schon in vielen Fällen zum Einsatz gebracht und Ende des Schuljahres findet auf Anregung der SMV ein großer Projekttag unter dem Titel "Der Mensch als soziales Wesen" statt.

Eine vom Elternbeirat durchgeführte Umfrage unter Eltern, Lehrern und Schülern hat die große Akzeptanz der bestehenden Regelungen am Gymnasium und die Zufriedenheit mit den speziellen Verhältnissen am Johannes-Butzbach-Gymnasium ergeben. Um der vor allem von Eltern und Schülern erhobenen Forderung nach mehr Praxisbezug bzw. mehr berufsvorbereitenden Elementen nachzukommen wird angestrebt, den Schülerinnen und Schülern auf freiwilliger Basis die Ableistung eines Berufspraktikums zu ermöglichen.

Aufgrund der vorhandenen personellen und materiellen Situation und wegen des regen geistigen Lebens kann das Johannes-Butzbach-Gymnasium mit Zuversicht und ohne Angst in sein viertes Jahrhundert gehen. Ein Blick auf die Geschichte zeigt, dass die Schule trotz aller Unzulänglichkeiten in der Lage war, auch schwere Schicksalsschläge zu verkraften.

Voraussagen für einen längeren Zeitraum zu machen ist sehr schwer. Es ist aber zu erwarten, dass auch das kommende Jahrhundert turbulent sein wird, ähnlich wie es die drei vergangenen Jahrhunderte gewesen sind. Gute Wünsche sollten deshalb die Schule in die Zukunft begleiten. Im Richtspruch vom 15.9.1966 heißt es: "Der Himmel möge die Schule bewahren vor Feuersbrunst und Kriegsgefahren". Daneben sollten auch noch andere Gefahren genannt werden, unter denen das Gymnasium im Laufe seiner Geschichte zu leiden hatte, nämlich Unfreiheit und Unterdrückung.

Das Gymnasium kann auch künftig tiefgreifende Veränderungen überstehen, wenn es sein Ziel nicht aus den Augen verliert, nämlich begabten Schülern aus Miltenberg und Umgebung eine umfassende Bildung und die Studierfähigkeit zu vermitteln.

Literaturverzeichnis

Bihl, Pater Michael OFM, Geschichte des Franziskanergymnasiums zu Tauberbischofsheim, in: Seraphisches St. Josephs Kolleg zu Watersleyde (Holland), Jahresbericht für das Schuljahr 1906-07, S. 1 - 24

Bote vom Untermain, verschiedene Artikel, besonders 14.7.1926 (Festausgabe), 13.7.1950 u. v. a. m.

Debler, Ulrich, Die jüdische Gemeinde von Miltenberg, Sonderveröffentlichung aus dem Aschaffener Jahrbuch für Geschichte, Landeskunde und Kunst des Untermaingebietes, Band 17, Aschaffenburg 1995

Festschriften verschiedener Gymnasien, vor allem Bad Königshofen, Hammelburg, Haßfurt, Müllnerstadt, Tauberbischofsheim, Würzburg (Deutschhaus-Gymnasium, Wirsberg-Gymnasium)

Götzelmann, Pater Ambrosius O.F.M., Geschichte des Franziskanergymnasiums in Miltenberg, Auszug o. J.

Jahresberichte von Lateinschule, Progymnasium, Deutschem Schulheim, Gymnasium mit Oberrealschule und Johannes-Butzbach-Gymnasium

Keller, Wilhelm Otto, Miltenbergs höhere Schulen, Manuskript eines Vortrages der Reihe "Geschichte statt Stammtisch" vom 29. 4. 2001, und weitere Veröffentlichungen des gleichen Verfassers sowie dessen wertvolle Hinweise auf die Stadtrechnungen und andere Quellen

Müller, Hermann, Das Franziskanerkloster zu Bischofsheim im 17. Jahrhundert, in: Festschrift 300 Jahre Gymnasium Tauberbischofsheim, Tauberbischofsheim 1988, S. 55 - 78

Poiger, Rupert, Die höhere Schule in Miltenberg, in: Bote vom Untermain, Festnummer am 14.7.1926, S. 1 ff

Schler, A., Zur Geschichte des Gymnasiums, in: Festschrift Tauberbischofsheim 1934, S. 5 - 19

Schmid, Max, Geschichte des Bayerischen Philologenverbandes, Band II, 2000

Schuh, Friedrich, Geschichte des Bayerischen Philologenverbandes, Band I, 2. Auflage 2000

Schwegler, Johann, Miltenbergs höhere Schule im Wandel der Zeiten, 2 Teile, Beilage zum Jahresbericht des Gymnasiums mit Oberrealschule Miltenberg 1949/50

Stadt Miltenberg (Hrsg.), 750 Jahre Stadt Miltenberg 1237 - 1987, Amorbach / Miltenberg 1987

Stadtrechnungen, besonders 1698 bis 1701

Trost, Werner, Johannes-Butzbach-Gymnasium, in: 750 Jahre Stadt Miltenberg, S. 287 - 293

Weinacht, Paul-Ludwig, Beneficium Studii, Das Franziskaner-Gymnasium zu Bischofsheim im 17. und 18. Jahrhundert, in: Festschrift 300 Jahre Gymnasium Tauberbischofsheim, Tauberbischofsheim 1988, S. 35 - 47

Wirth, Joseph, Chronik der Stadt Miltenberg, Miltenberg 1890, Neudruck 1987